

Begleit-Reader zum Text "Zur Kritik am Joint Statement und zur NATO-Aggression gegen Russland"

In diesem Reader sind das Joint Statement und die dazu gehörige Anfrage der KPRF, sowie Positionen verschiedener Kommunistischer Parteien versammelt.

Darunter: KPRF, RKAP, KKE, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens und TKP, sowie der Regierung Kubas.

Die Auswahl dient dazu, einen Einblick in die verschiedenen Einschätzungen und Positionen zu bekommen. Sie ist natürlich nicht vollständig oder systematisch zusammen gestellt, sondern vorerst nur nach dem Aspekt verschiedener Positionen. Es gibt viele weitere und es wäre sinnvoll, an anderer Stelle eine systematische und umfassende Darstellung vorzunehmen.

Mögliche Fehler oder Ungenauigkeiten bei Übersetzungen bitte ich zu entschuldigen, es sind Google-Übersetzungen.

Stand: 27.03.22

<https://inter.kke.gr/de/articles/Nein-zum-imperialistischen-Krieg-in-der-Ukraine/>

Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien (Joint Statement)

(initiiert von den Kommunistischen Parteien Griechenlands, Mexikos, Spaniens/PCTE und der Türkei)

03.03.22

Nein zum imperialistischen Krieg in der Ukraine!

Notwendig ist ein eigenständiger Kampf gegen die Monopole und die Bourgeoisien für den Sturz des Kapitalismus, die Stärkung des Klassenkampfes gegen den imperialistischen Krieg, für den Sozialismus!

1. Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diese Gemeinsame Erklärung unterzeichnen, stellen sich gegen den imperialistischen Konflikt in der Ukraine, der eine der Folgen der tragischen Situation ist, die für die Völker seit dem Umsturz des Sozialismus und der Auflösung der Sowjetunion entstanden ist. Völlig bloßgestellt sind sowohl die bürgerlichen als auch die opportunistischen Kräfte, die über Jahre gegen die UdSSR gekämpft haben und kürzlich erst den 30. Jahrestag ihrer Auflösung feierten. Sie verschweigen die Tatsache, dass die Restauration des Kapitalismus den Abbau der historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse und des Volkes bedeutete und die Völker der UdSSR zurück in die Ära der Klassenausbeutung und imperialistischen Kriege brachte.

2. Die Entwicklungen in der Ukraine, die auf dem Boden des Monopolkapitalismus stattfinden, stehen in Verbindung mit den Vorhaben der USA, der NATO und der EU und deren Eingreifen in der Region, sowie mit dem erbitterten Konkurrenzkampf zwischen ihnen und dem kapitalistischen Russland um die Kontrolle der Märkte, Rohstoffe und Transportnetze des Landes. Diese Bestrebungen werden von den sich widerstrebenden imperialistischen Mächten verschleiert, die ihre eigenen Vorwände vorbringen, wie die „Verteidigung der Demokratie“, die „Selbstverteidigung“ und das Recht auf „freie Bündniswahl“, die Einhaltung der UN- oder OSZE-Prinzipien oder den angeblichen „Faschismus“, während sie ihn bewusst vom kapitalistischen System loslösen, das ihn hervorbringt und nutzt.

3. Wir verurteilen die Aktivitäten der faschistischen und nationalistischen Kräfte in der Ukraine, den Antikommunismus und die Verfolgung von Kommunisten, die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung, die bewaffneten Angriffe der ukrainischen Regierung auf das Volk im Donbass. Wir verurteilen die Nutzung reaktionärer politischer Kräfte der Ukraine, einschließlich faschistischer Gruppierungen, durch die euroatlantischen Mächte für die Umsetzung ihrer Pläne. Inakzeptabel ist darüber hinaus die antikommunistische Rhetorik gegen Lenin, die Bolschewiki und die Sowjetunion, auf die die russische Führung zurückgreift, um ihre eigenen strategischen Pläne in der Region zu rechtfertigen. Nichts kann jedoch den enormen Beitrag des Sozialismus in der Sowjetunion schmälern, die ein multinationaler Zusammenschluss gleichberechtigter sozialistischer Republiken war.

4. Die Entscheidung der Russischen Föderation, zunächst die „Unabhängigkeit“ der sogenannten „Volksrepubliken“ im Donbass anzuerkennen und dann unter dem Vorwand der „Selbstverteidigung“ Russlands, der „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine zu einer Militärintervention überzugehen, diene nicht dem Schutz des Volkes in der Region oder dem Frieden, sondern den Interessen der russischen Monopole auf ukrainischem Territorium, und ihrer erbitterten Konkurrenz mit den westlichen Monopolen. Wir bekunden unsere Solidarität mit den Kommunisten und den Völkern Russlands und der Ukraine, und stehen an ihrer Seite, um den Kampf gegen den Nationalismus zu verstärken, der von jeder Bourgeoisie geschürt wird. Die Völker beider Länder, die innerhalb der UdSSR in Frieden lebten und gemeinsam Großes vollbrachten, wie auch alle anderen Völker, haben kein Interesse daran, sich auf die Seite des einen oder anderen Imperialisten oder Bündnisses zu schlagen, das den Interessen der Monopole dient.

5. Wir machen auf die Gefährlichkeit der von den bürgerlichen Kräften verbreiteten Illusionen aufmerksam, dass es eine „bessere Sicherheitsarchitektur“ in Europa durch ein Eingreifen der EU, eine NATO „ohne militärische Projekte und aggressive Waffensysteme auf ihrem Territorium“, eine „friedliebende EU“ oder eine „friedliche multipolare Welt“ usw. geben könnte. All diese Behauptungen haben nichts mit der Realität zu tun und sind irreführend für den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf, da sie den Eindruck erwecken sollen, dass ein „friedlicher Imperialismus“ möglich wäre. Die Wahrheit ist jedoch, dass die NATO und die EU, wie jede kapitalistische zwischenstaatliche Vereinigung, räuberische Bündnisse mit einem zutiefst reaktionären Charakter sind, die nicht volksfreundlich werden können und weiterhin gegen die Rechte der Arbeiter, gegen die Völker vorgehen werden. Wahrheit ist auch, dass der Kapitalismus mit imperialistischen Kriegen Hand in Hand geht.

6. Wir rufen die Völker der Länder, deren Regierungen insbesondere durch die NATO und die EU aber auch durch Russland an den Entwicklungen beteiligt sind dazu auf, gegen die Propaganda der bürgerlichen Kräfte zu kämpfen, die die Völker unter verschiedenen fadenscheinigen Vorwänden in den Fleischwolf des imperialistischen Krieges werfen. Die Völker müssen die Schließung von Militärstützpunkten, die Rückkehr von Truppen aus Auslandseinsätzen, die Stärkung des Kampfes für das Losbinden der Länder von den imperialistischen Vorhaben und Bündnissen wie der NATO und der EU fordern.

7. Das Interesse der Arbeiterklasse und der Volksschichten verlangt eine weitere Schärfung der Klassenkriterien bei der Analyse der Entwicklungen. Es verlangt von uns, die Weichen für einen eigenständigen Weg gegen die Monopole und die Bourgeoisien zu stellen, für den Sturz des Kapitalismus, die Stärkung des Klassenkampfes, gegen den imperialistischen Krieg, für den Sozialismus, der aktueller und notwendiger denn je ist und bleibt.

Unterzeichnende Parteien siehe unter der englischen Version

Englisch:

<http://www.solidnet.org/article/Urgent-Joint-Statement-of-Communist-and-Workers-Parties-No-to-the-imperialist-war-in-Ukraine/>

Urgent! Joint Statement of Communist and Workers' Parties, No to the imperialist war in Ukraine!

No to the imperialist war in Ukraine!

An independent struggle is needed against monopolies and bourgeois classes, for the overthrow of capitalism, for the strengthening of the class struggle against imperialist war, for socialism!

1. The Communist and Workers' Parties signing this Joint Statement are opposed to the imperialist conflict in Ukraine, which constitutes one of the consequences of the tragic situation for the peoples shaped after the overthrow of socialism and the dissolution of the Soviet Union. Both the bourgeois and the opportunist forces, which for years have fought against the USSR and recently celebrated the 30th anniversary of its dissolution, silencing the fact that the restoration of capitalism meant the dismantling of historic workers' and people's achievements and brought the peoples of the USSR back to the era of class exploitation and imperialist wars, are completely exposed.
1. The developments in Ukraine, which are taking place in the framework of monopoly capitalism, are linked to the US, NATO, and EU plans and their intervention in the region in the context of their fierce competition with capitalist Russia for the control of the markets, raw materials, and transport networks of the country. These pursuits are concealed by imperialist powers, which are in conflict promoting their own pretexts such as "defending democracy", "self-defence", and one's right to "choose their alliances", the compliance with the UN or OSCE principles, or supposedly "fascism", while deliberately detaching fascism from the capitalist system that gives rise to and utilizes it.
1. We denounce the activity of fascist and nationalist forces in Ukraine, anti-communism and the persecution of communists, the discrimination against the Russian-speaking population, the armed attacks of the Ukrainian government against the people in Donbas. We condemn the utilization of reactionary political forces of Ukraine, including fascist groups, by the Euro-Atlantic powers for the implementation of their plans. In addition, the anti-communist rhetoric against Lenin, the Bolsheviks, and the Soviet Union to which the Russian leadership resorts to justify its own strategic plans in the region, is unacceptable. However, nothing can tarnish the enormous contribution of socialism in the Soviet Union, which was a multinational union of equal Socialist Republics.
1. The decision of the Russian Federation to initially recognize the "independence" of the so-called "Peoples' Republics" in Donbas and then to proceed to a Russian military

intervention, which is taking place under the pretext of Russia’s “self-defence”, the “demilitarization” and “defascistization” of Ukraine, was not made to protect the people of the region or peace but to promote the interests of Russian monopolies in Ukrainian territory and their fierce competition with Western monopolies. We express our solidarity with the communists and the peoples of Russia and Ukraine and we stand on their side to strengthen the struggle against nationalism, which is fostered by each bourgeoisie. The peoples of both countries, who lived in peace and jointly thrived in the framework of the USSR, as well as all other peoples have no interest in siding with one or another imperialist or alliance that serves the interests of the monopolies.

1. We highlight that the illusions fostered by bourgeois forces claiming that there could be a “better security architecture” in Europe by EU intervention, NATO “without military plans and aggressive weapon systems in its territory”, a “pro-peace EU”, or a “peaceful multipolar world”, etc are highly dangerous. All these assumptions have nothing to do with reality and are misleading for the anti-capitalist and anti-imperialist struggle, seeking to cultivate the perception that “peaceful imperialism” may exist. However, the truth is that NATO and the EU, like any capitalist transnational union, are predatory alliances with a deeply reactionary nature that cannot become pro-people and will continue to act against workers’ and people’s rights and the peoples; that capitalism goes hand in hand with imperialist wars.

1. We call on the peoples of the countries whose governments are involved in the developments, especially through NATO and the EU but also Russia, to struggle against the propaganda of the bourgeois forces that lure the people to the meat grinder of imperialist war using various spurious pretexts. To demand the closure of military bases, the return home of troops from missions abroad, to strengthen the struggle for the disengagement of the countries from imperialist plans and alliances such as NATO and the EU.

1. The interest of the working class and the popular strata requires us to strengthen the class criterion for analyzing the developments, to chart our own independent path against monopolies and bourgeois classes, for the overthrow of capitalism, for the strengthening of the class struggle against imperialist war, for socialism, which remains as timely and necessary as ever.

SolidNet Parties signing the Joint Statement:

1. Algerian Party for Democracy and Socialism
2. Communist Party of Azerbaijan
3. Party of Labour of Austria
4. Communist Party of Bangladesh
5. Communist Party of Belgium
6. Communist Party of Canada
7. Communist Party in Denmark
8. Communist Party of Denmark
9. Communist Party of El Salvador

Communist Youth Organisations signing the Joint Statement:

1. Youth Section of the Party of Labour of Austria
2. Bangladesh Youth Union
3. Young Communists of Belgium
4. Communist Youth of Bolivia
5. Communist Youth Union, Czech Republic
6. Communist Youth of Denmark
7. Communist Youth of the Communist Workers' Party, Finland
8. Union of Communist Youth, France
9. Communist Youth of Greece

10. Communist Party of Finland
11. Communist Party of Greece
12. Communist Party of Kurdistan-Iraq
13. Workers Party of Ireland
14. Socialist Movement of Kazakhstan
15. Socialist Party of Latvia
16. Communist Party of Malta
17. Communist Party of Mexico
18. New Communist Party of the Netherlands
19. Communist Party of Norway
20. Palestinian Communist Party
21. Communist Party of Pakistan
22. Paraguayan Communist Party
23. Peruvian Communist Party
24. Philippines Communist Party [PKP 1930]
25. Communist Party of Poland
26. Romanian Socialist Party
27. South African Communist Party
28. Communist Party of the Workers of Spain
29. Sudanese Communist Party
30. Communist Party of Swaziland
31. Communist Party of Sweden
32. Syrian Communist Party
33. Communist Party of Turkey
34. Union of Communists of Ukraine
35. Communist Party of Venezuela

10. Communist Youth of Guatemala
11. Conolly Youth Movement, Ireland
12. Workers Party Youth, Ireland
13. Front of the Communist Youth, Italy
14. Front of the Communist Youth, Mexico
15. All Nepal National Free Students Union
16. Communist Youth Movement, Netherlands
17. Democratic Students Federation, Pakistan
18. Democratic Youth Front, Pakistan
19. Palestinian Communist Youth
20. Paraguayan Communist Youth
21. Union of Socialist Youth, Romania
22. Revolutionary Communist Youth League (Bolsheviks), Russia
23. Collectives of Young Communists, Spain
24. Socialist Students Union, Sri Lanka
25. Socialist Youth Union, Sri Lanka
26. Communist Youth of Sweden
27. Leninist Communist Youth Union of Tajikistan
28. Communist Youth of Turkey
29. League of Young Communists USA
30. Communist Youth of Venezuela

Other Parties signing the Joint Statement

1. Movement "Che Guevara" (Union of Communists in Bulgaria)
2. The Road of Independence - Turkchypriot party/Cyprus
3. Communist Front (Italy)
4. Communist Revolutionary Party of France (PCRF)
5. People's Liberation Front (JVP)-Srilanka
6. Swiss Communist Party

KP der Russischen Föderation

AN ALLE SOLIDNET-PARTEIEN

Klarstellung von Absatz 4 der Gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen und Arbeiterparteien gegen den Krieg des Imperialismus in der Ukraine

28.02.22

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die KPRF stimmt mit der Erklärung überein, mit Ausnahme des ersten Satzes in Absatz 4.

Wir schlagen vor, den Satz durch den folgenden zu ersetzen:

Der Zweck der speziellen Militäroperation ist es, Millionen von Menschen zu schützen, die seit acht Jahren unter Schikanen und Völkermord durch das Kiewer Regime leiden, oder ihn einfach zu streichen.

Der Grund für unsere Haltung ist folgender:

Der Zweck der speziellen Militäroperation ist der Schutz von Millionen von Menschen, die seit acht Jahren unter den Schikanen und dem Völkermord des Kiewer Regimes leiden, sowie die Absicht, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine voranzutreiben und all diejenigen vor Gericht zu stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich der russischen Bürger, begangen haben.

Nur diese Bestrebungen, Gefühle und der Schmerz der Menschen waren der Hauptgrund für die Entscheidung, die Volksrepubliken des Donbass anzuerkennen.

Die derzeitige Situation hat nichts mit dem Wunsch zu tun, die nationalen Interessen der Ukraine und des ukrainischen Volkes zu verletzen. Es geht nur darum, Russland selbst vor den führenden NATO-Ländern zu schützen, die extreme Nationalisten und Neonazis in der Ukraine unterstützen, um ihre imperialistischen Ziele zu erreichen.

Siehe auch die Erklärung des Präsidiums des ZK der KPRF: „Das Volk der Ukraine darf kein Opfer des Weltkapitals und der Oligarchenclans werden.“

Genossenschaftlich,

Internationale Abteilung des ZK der KPRF

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

<http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Russian-Federation-The-Response-to-External-Pressure-Must-Be-a-Radical-Change-of-Internal-Policy/>

CP of the Russian Federation

The Response to External Pressure Must Be a Radical Change of Internal Policy

2/28/22

"The Response to External Pressure Must Be a Radical Change of Internal Policy"

Statement by CC CPRF Chairman Gennady Zyuganov

On February 24 President Putin took a decision on conducting a special operation in Ukraine. Its declared aim is demilitarization and denazification of that country and protection of the Donetsk and Lugansk People's Republics.

The government coup of 2014 in Ukraine was carried out with the support of the USA and the European Union. It brought to power extremely reactionary forces saturated with the poison of Bandera Nazism and Russophobia. The burning alive of people at the Odessa Trade Union House was a grim symbol of the anti-people intentions of those who had seized power. They embarked on a course of breaking ties with Russia and segregating the Russian population. The people of Crimea and Sebastopol responded by returning to their home harbor. The people of Donetsk and Lugansk oblasts chose the path of independence. The attempts of Bandera followers to "pacify" the DPR and LPR claimed thousands of lives.

To put an end to hostilities in Donbass a compromise was reached in the shape of the Minsk Agreements whereby the DPR and LPR could remain part of Ukraine enjoying broad autonomy. However, Russia's attempts to secure compliance with the agreements failed. Other measures were urgently needed in order to protect 800,000 Russian citizens and prevent a genocide of civilians in Donbass.

Adding drama to the situation was the fact that the Bandera government in Kiev was ever more actively seeking Ukraine's admission to NATO. The country's territory was becoming a bridgehead for deployment of armaments of the USA and its allies. NATO presence in Ukraine offered fundamentally new opportunities for launching a nuclear missile strike on our country. These hostile actions were backed by an unprecedented propaganda barrage on the people of Ukraine, our brothers and sisters. The West's preparation for a major war in Europe threatened death and destruction to the populations both of Russia and Ukraine.

All these years the CPRF has been guided by the ideas of historical friendship and brotherhood of our peoples, exposing the Fascist nature of Bandera ideology and demonstrating the undemocratic character of the Kiev regime. We defended the right of Donbass people to life and dignity, Russian language and culture and recognition of their newborn statehood. Communist volunteers were fighting in the trenches on the line of fire and dying from shelling by Nazi units. The CPRF had dispatched to the DPR and LPR 93 convoys of humanitarian aid and for years implemented the Children of Russia to the Children of Donbass program.

Realizing the reasons of the special operation in Ukraine, the CPRF calls on the Russian authorities to scrupulously take every measure to protect the civilian population, including from possible provocations of Nazi bands. We deem it very important to carry out the plans of

demilitarization of Ukraine avoiding casualties among Ukrainian servicemen and rendering every kind of assistance to those who lay down their arms. We call on all the political forces in Russia to press into service the mechanisms of people diplomacy for the sake of the centuries-old friendship between Russians and Ukrainians. The peoples of our two countries should be deeply aware that the population of Ukraine has been made hostage to NATO expansion and targets of unbridled Bandera propaganda.

The CPRF is convinced that the defense of the national interests of Russia is not confined to diplomatic and military-political measures. There is a growing need for major changes in the life of our country. A decisive pivot toward protecting the interests of the broad masses of the people is becoming a matter of Russia's historical survival.

A fundamentally new model of economic and social life is needed in order to overcome socio-class cleavages and unite society in the face of diverse threats. This model should serve not the enrichment of financial speculators, but recovery of industry and agriculture, the development of science and education, support of healthcare and culture. In the face of Western sanctions we need effective import-replacement, dedollarization of the economy, and an end to the flight of capital out of the country. These steps can only be truly effective in conjunction with nationalization of strategic spheres of the economy, the use of the vast natural resources in the interests of all citizens and state planning of the economy. It is only in this way, remembering the great experience of the Soviet Union, studying the experience of modern successes of China and other countries that Russia can be self-sufficient, protected and confident of its future.

The best way for the authorities to adopt a new course is to urgently implement a complex of measures including a return to the Soviet pension-age scale, preservation and strengthening of local self-government, renunciation of forced vaccination and the electronic concentration camp, an end to political reprisals against communists and other representatives of the patriotic left.

Citizens' trust in the electoral procedures must be strengthened in order to make the political system more stable and democratic. To this end it is necessary to stop once and for all the attempts to introduce remote electronic and three-day voting, to promote and implement a thorough overhaul of the electoral system.

The CPRF expects that in the context of growing external threats the leadership of the Russian Federation will follow the course toward ensuring all-sided and genuine national security. It is our conviction that this can only be guaranteed by a radical change of the socio-economic course and implementation of measures that form the basis of our program Ten Steps Toward the Power of the People.

<http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Russian-Federation-CPRF-Position-concerning-the-special-operation-of-the-RF-in-Ukraine/>

mit Google übersetzt

KP der Russischen Föderation

KPRF Position bezüglich der Sonderoperation der RF in der Ukraine

8.3.22

Moskau, 4. März 2022

An die kommunistischen und Arbeiterparteien von Solidnet

Liebe Kameraden,

Mit diesem Schreiben bringt Ihnen die Internationale Abteilung des ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation die Position der KPRF bezüglich der Entscheidung der Russischen Föderation vom 24. Februar über die Durchführung einer Sonderoperation in der Ukraine zum Schutz der Bevölkerung der Russischen Föderation zur Kenntnis Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Entmilitarisierung und Entnazifizierung des Landes, das zu einer Quelle ständiger Aggression, Nationalismus und Russophobie geworden ist.

Seit acht Jahren sterben Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen, unter ständigem Beschuss der Städte und Dörfer durch ukrainische Neofaschisten – sie sterben nur, weil sie ihre Muttersprache Russisch sprechen wollen, nicht im Faschismus und seinen Gesetzen leben wollen und wollen nicht, dass die Ukraine zu einem NATO-Außenposten im Osten wird.

Infolge des mit Unterstützung der USA und der Europäischen Union durchgeführten Staatsstreichs von 2014 wurde die Macht in der Ukraine von rechtsgerichteten reaktionären Kräften ergriffen, die mit dem Gift des Bandera-Nazismus und Antisowjetismus gesättigt waren. Mit dem Verbot aller Parteien und Bewegungen, die sich der Militarisierung und Faschisierung des Landes widersetzen, begann eine umfassende Verfolgung des Widerstands. Das erste Ziel von Verfolgung und Verboten war die Kommunistische Partei der Ukraine.

Das Verbrennen von Menschen im Gewerkschaftshaus von Odessa war ein Höhepunkt der wahnsinnigen Russophobie, ein „Symbol“ der volksfeindlichen Absichten derer, die sich um die Macht bemühten, die eine Trennung der historischen Verbindungen zu Russland und die Trennung der russischen Bevölkerung anstreben.

Die von Russland initiierten Minsker Vereinbarungen zur Beendigung der Feindseligkeiten im Donbass hätten einen Fahrplan für die Verwirklichung des Friedens in der Region darstellen können, aber die neonazistische Regierung der Ukraine hatte nie beabsichtigt, sich daran zu halten. Vom Westen angestachelt, setzte sie sich für eine militärische Lösung des Problems ein.

Dramatisch wurde die Situation durch die Tatsache, dass die Bandera-Behörden in Kiew sich immer aktiver um die Aufnahme der Ukraine in die NATO bemühten. Das Territorium des Landes wurde zu einem Brückenkopf für den Einsatz der Waffen der USA und ihrer Verbündeten. Die Militarisierung schritt offenbar voran.

Die Schaffung von Militärstützpunkten in der Ukraine und die Stationierung von Angriffskomplexen in den Grenzgebieten haben grundlegend neue Möglichkeiten für einen Atomraketenangriff auf Russland geschaffen. Darüber hinaus hat die Ukraine unter Verletzung aller unterzeichneten internationalen Verträge offiziell erklärt, dass sie Atomwaffen herstellen wolle.

Die Situation an der Grenze zwischen der Ukraine und den Donbass-Republiken erreichte einen Höhepunkt. Die Militäreinheiten auf ukrainischer Seite verstärkten den Beschuss des DVR- und LVR-Territoriums und zwangen die Zivilbevölkerung, ihre Häuser zu verlassen. Die Zahl der Opfer wuchs. Von den USA angestachelt, war die ukrainische Regierung bereit, in den Donbass einzumarschieren.

Es entstand ein akuter Bedarf, Maßnahmen zu ergreifen, um dort mehr als 800.000 russische Bürger zu schützen und den Völkermord an der friedlichen Bevölkerung des Donbass zu verhindern.

Die Situation erforderte Sofortmaßnahmen zur Befreiung des Landes von der Bandera-Diktatur, die jedoch von der ukrainischen Bevölkerung nicht umgesetzt werden konnten, da die Zivilbevölkerung des Landes einfach nicht in der Lage war, den bis an die Zähne bewaffneten Terrorkräften Widerstand zu leisten und Hilfe brauchte.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation hat wiederholt die Frage der Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk angesprochen, die sich nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit entwickeln, und warnte vor den möglichen Folgen der Ignorierung der offensichtlichen Tatsachen.

Die Partei ging ausschließlich von den Interessen der Werktätigen der Region aus und hielt es für sehr wichtig, die Pläne zur Entmilitarisierung der Ukraine umzusetzen.

Die Notwendigkeit, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, um zu verhindern, dass sie zu einer Brutstätte der Nazi-Ideologie wird, sollte zum Hauptanliegen der Weltgemeinschaft werden, um zu verhindern, dass sich das Land in einen Nazi-Staat verwandelt, einen Brückenkopf der aggressiven imperialistischen USA-NATO-Allianz gegen eurasische Länder geführt.

Wir rufen alle fortschrittlichen und politischen Kräfte in Russland und der Welt auf, die Mechanismen der Volksdiplomatie im Interesse der jahrhundertealten Freundschaft zwischen Russen und Ukrainern zu nutzen.

Internationale Abteilung des ZK der KPRF

<http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Russian-Federation-Hostilities-in-Ukraine.-What-is-happening-and-why/>

Deutsch per Google

KP der Russischen Föderation

Feindseligkeiten in der Ukraine.

Was passiert und warum?

21.03.22

Von V.N. Tetekin, Dr.Sc. (Geschichte). Mitglied des CC CPRF

Viele Genossen fragen nach dem Charakter der Feindseligkeiten in der Ukraine. Die bisher vorherrschende Einschätzung wurde von den westlichen Medien aufgezwungen. Inzwischen ist jedoch die Art der Operation der russischen Streitkräfte zur Befreiung der Ukraine vom Nazismus deutlich geworden.

Was veranlasste den Beginn der Spezialoperation.

Seit Dezember 2021 erhält Russland Daten über die Pläne der NATO, Truppen und Raketenbasen in der Ukraine zu stationieren. Gleichzeitig wurde ein Angriff auf das Territorium von Donbass vorbereitet. Etwa eine Woche vor Beginn der russischen Spezialoperation wurde der Plan einer Offensive aufgedeckt, die Angriffe von Langstreckenartillerie, Mehrfachraketenwerfern und Flugzeugen vorsah, gefolgt von einer Invasion ukrainischer Truppen und Nazi-Bataillone. Es war geplant, die DVR und LPR von der Grenze zu Russland abzuschneiden, Donezk, Lugansk und andere Städte einzukreisen und zu belagern und dann eine umfassende „Sicherheitsäuberung“ mit der Vernichtung Tausender Verteidiger von Donbass und ihrer Unterstützer durchzuführen. Der Plan wurde gemeinsam mit der NATO entwickelt. Die Operation sollte Anfang März dieses Jahres beginnen. Russland war Kiew und der NATO zuvorgekommen, was es ihm ermöglichte, die strategische Initiative zu ergreifen und effektiv Hunderttausende von Menschenleben in den beiden Republiken zu retten.

Der Charakter von Kampfhandlungen

1. Das Ziel der russischen Armee ist es nicht, Territorium zu besetzen oder die Wirtschaft und die natürlichen Ressourcen des Landes zu beschlagnahmen. Es ist ein politischer Krieg. Die ukrainische Gesellschaft hat sich unter dem Druck von Neonazis bemüht, das Land in eine NATO-Basis für Angriffe auf Russland zu verwandeln. Es obliegt unserem Land, für seine Sicherheit zu sorgen. Die Kampfhandlungen zielen im Wesentlichen darauf ab, die ukrainische Führung zu Verhandlungen über eine Entmilitarisierung, Entnazifizierung und einen neutralen Status der Ukraine zu zwingen.
2. Das zweite Ziel ist der Schutz der Bürger der historisch russischen Oblaste Lugansk und Donezk, die sich seit 2014 geweigert haben, unter der Kontrolle der Pro-Nazi-Gruppe zu leben, die im Februar einen Regierungsputsch inszenierte die selben Leute.
3. Nicht jeder weiß, dass ein Großteil der Kämpfe nicht von der russischen Armee, sondern von den Streitkräften der Volksrepubliken der Ostukraine (DVR und LVR) geführt wird. Die Bürger des Donbass haben bereits 2014 ihre eigene Armee gegründet. Sie kämpfen für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres „kleinen Mutterlandes“, dessen Bürgern drohte, von den westukrainischen Nazis das Recht genommen zu werden, ihre russische Muttersprache zu sprechen.
4. In Wirklichkeit führt die russische Armee Militäroperationen nur in den überwiegend russischsprachigen östlichen und südlichen Teilen der Ukraine durch. Dies sind russische Gebiete, die 1918 in das Territorium der Ukraine aufgenommen wurden, um ihre industrielle Basis zu stärken. Sie waren nie Teil der Ukraine. Die russische Armee kommt in

die russischsprachigen Regionen und nicht in die ethnisch unterschiedlichen Regionen der Zentral- und Westukraine.

5. Im Rahmen der „Entmilitarisierung“ der Ukraine zerstört die russische Armee konsequent ihre militärische Infrastruktur. Flugplätze und Landebahnen wurden angegriffen, um die Landung bewaffneter US- und NATO-Flugzeuge zu verhindern; Kontrollpunkte, Luftverteidigungssysteme, Radarstationen, Waffen-, Munitions- und Treibstofflager wurden außer Gefecht gesetzt.

Aber das Töten von Personal – Soldaten und Offizieren der ukrainischen Streitkräfte – ist ausdrücklich nicht das Ziel. Angesichts der immensen Feuerkraft der russischen Armee wäre es einfach, alle Stützpunkte der ukrainischen Streitkräfte zusammen mit den sie verteidigenden Soldaten auszulöschen. Aber dieses Ziel war wegen der genetischen Verwandtschaft unserer Völker nie gesetzt worden. Wir sind brüderliche Völker. Brüder können sich streiten und sogar streiten. Solche Dinge sind im Laufe unserer Geschichte passiert. Aber der Versuch, sich gegenseitig zu zerstören, ist für uns inakzeptabel.

6. Der Zustand der ukrainischen Armee. Es wäre falsch zu behaupten, die Ukraine sei schwach und wehrlos. Während der Sowjetzeit hatte es eine riesige Gruppe sowjetischer Truppen, die mächtigsten in Europa. 1991 spaltete sich die Sowjetarmee in die russische und die ukrainische Armee auf. Die Ukraine lagerte riesige Mengen militärischer Ausrüstung – Tausende Panzer, Flugzeuge, Artilleriegeschütze und riesige Munitionslager. Obwohl der größte Teil dieser Waffen ins Ausland in Konfliktgebiete verkauft wurde, hat die Ukraine keinen Bedarf an Waffenlieferungen. Bis Februar 2022 galt die ukrainische Armee als sechststärkste Armee in Europa nach Spanien, Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich. Die Landstreitkräfte der Ukraine sind den russischen praktisch gleich stark. Nach dem Regierungsputsch im Februar 2014 steckten die neuen Pro-Nazi-Behörden trotz der wirtschaftlichen Unordnung Geld in die Verstärkung ihrer Armee. Das Ziel war nicht, die Ukraine vor äußerer Aggression zu schützen, sondern sich darauf vorzubereiten, die Kontrolle über die Volksrepubliken Lugansk und Donezk mit militärischen Mitteln zurückzugewinnen. Die kampffähigsten Kräfte, die von NATO-Ausbildern ausgebildet wurden, wurden gegen Donbass konzentriert. Mehr als 120.000 reguläre Armeeangehörige und Nazi-Bataillone waren bereit, Donbass anzugreifen, und mächtige Stützpunkte wurden errichtet.

Kiew wurde bei der Vorbereitung der Invasion von den USA und anderen NATO-Staaten tatkräftig unterstützt. Es erhielt Hunderte von Millionen Dollar, um Waffen zu kaufen, Ausbilder kamen, um seine Armee auszubilden, und ukrainisches Militärpersonal studierte an westlichen Militärschulen. Das Ziel des Westens war nicht nur, Kiew bei seinen Bemühungen zu unterstützen, den Donbass zu unterdrücken. Das Hauptziel bestand darin, die Ukraine in ein Sprungbrett für die NATO und ihre Armee in eine Streitmacht zu verwandeln, die einen Angriff auf Russland anführen würde. Amerikanische Soldaten sind direkt in die Feindseligkeiten in der Ukraine verwickelt. Am 17. März entdeckten die Streitkräfte der Volksrepublik Donezk, die einen Posten der ukrainischen Armee in Donbass beschlagnahmten, die Leichen und Dokumente von drei Offizieren der US-Armee.

7. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass sich die ukrainische Führung de facto zur Beschaffung von Massenvernichtungswaffen verpflichtet hat. Mit Hilfe der USA haben 30 biologische Labors, die auf ukrainischem Territorium eingerichtet wurden, Forschungen zu tödlichen Krankheiten und Methoden zu ihrer Verbreitung durchgeführt. Kiew hat über die Schaffung der Atomwaffe auf der Grundlage der ukrainischen Kernkraftwerke und ihres wissenschaftlichen und technischen Potenzials gesprochen. All dies stellt nicht nur eine Bedrohung für Russland, sondern für die ganze Welt dar.

Verschiedene Taktiken . Beim Einmarsch in Städte versucht die russische Armee ihr Bestes, um zivile Opfer zu vermeiden und zivile Infrastruktur zu schonen, ganz im Gegensatz zu den Amerikanern, die innerhalb weniger Tage einen Aufstand im irakischen Falludscha niederschlugen, indem sie die Stadt vor den Augen der „Weltgemeinschaft“ auslöschten. Fünzigtausend Menschen starben. So etwas ist für die russische Armee unvorstellbar.

8. Die Streitkräfte der Ukraine und die Nazi-Bataillone haben unterschiedliche Taktiken. Die meisten von ihnen stammen aus der Westukraine und verachten die Bewohner des östlichen Teils des Landes, die sie nicht als vollständig ukrainisch betrachten. Dementsprechend betrachten sie es nicht als Verbrechen, Zivilisten zu töten und die zivile Infrastruktur in der Ostukraine zu zerstören. Sie positionieren ihre Truppen nicht auf offenen Flächen, sondern in Wohnvierteln von Städten. In Wohnblocks, Schulen und Kindergärten richteten sie Feuerstellungen ein.

All dies wird getan, um die russische Armee davon abzuhalten, militärische Ziele in Wohnblöcken anzugreifen, oder um Russland Kriegsverbrechen vorzuwerfen. Beim Rückzug wenden die Nazis die Taktik der „verbrannten Erde“ an: Sie zerstören die zivile Infrastruktur, sprengen vor allem Brücken. Die Nazis inszenieren oft abscheuliche Provokationen, indem sie Wohnhäuser in die Luft jagen, um die russische Armee anzuklagen.

9. Die westlichen Medien und Politiker loben gerne den standhaften Widerstand der ukrainischen Armee. Aber sie lassen ein wichtiges Detail aus. Ein großer Teil der ukrainischen Armee besteht aus Neonazi-Bataillonen, die für ihre Grausamkeit berüchtigt sind. Die SS-Divisionen waren die härtesten Kämpfer in der NS-Armee während des Krieges von 1941-1945. Die Nazi-Bataillone in der Ukraine sind heute dieselben SS-Einheiten. Sie sind indoktriniert, motiviert und hassen die Russen. Sie wurden acht volle Jahre lang auf den Krieg gegen Donbass und gegen Russland vorbereitet und im Geiste des Hasses auf alles Russische erzogen.
10. Die Welt kann nicht glauben, dass der Faschismus im Herzen Europas wieder aufgetaucht ist. Doch es lohnt sich, daran zu erinnern, dass respektable Deutsche, die der Welt einige ihrer größten Dichter, Philosophen und Musiker geschenkt hatten, innerhalb von acht Jahren zwischen 1933 und 1941 in eine Nation verwandelt wurden, die in Gaskammern ausgerottet, lebendig verbrannt, gehängt und zig Millionen Menschen erschossen hat Russen, Ukrainer, Weißrussen und Juden. Dasselbe passiert in der Ukraine.

Übrigens tragen diejenigen, die heute am lautesten über das Leid der ukrainischen Bevölkerung schreien – Polen und die baltischen Länder – die schwerste Verantwortung für den Holocaust. Nicht nur die Deutschen, sondern zu einem großen Teil die Polen, Litauer, Letten und Esten vernichteten ihre Nachbarn, Juden und Weißrussen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg betrieben einige Länder, die auf Hitlers Seite gekämpft hatten, eine Entnazifizierungspolitik. Die Entscheidungen des Nürnberger Prozesses, der den Faschismus und seine Hauptlinge verurteilte, und die Erfahrung der Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen dieses Übel sind bis heute relevant.

<http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Russian-Federation-What-is-happening-in-and-around-Ukraine/>

Mit google übersetzt

KP der Russischen Föderation

Was in und um die Ukraine passiert

11.03.22

Wjatscheslaw Tetekin, Mitglied des CC der CPRF, Doktor der Wissenschaften in Geschichte, Ex - Parlamentarier der russischen Staatsduma (2011-2016)

In der Ukraine herrscht Krieg. Äußerlich sieht es aus wie ein bewaffneter Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Alle politischen Kräfte, einschließlich der Linken, haben sich zu diesen Ereignissen geäußert. Die Bandbreite der Einschätzungen: von humanistisch-emotional („Menschen sterben, stoppt den Krieg“) bis rein klassenmäßig („Der Westen treibt zwei oligarchische Regime voran“). Tatsächlich hat dieser Konflikt tiefe Wurzeln. **Bei der Analyse der Situation müssen wir sowohl den nationalen Inhalt des Klassenkampfes als auch den Klasseninhalt des nationalen Kampfes** berücksichtigen .

Was ist die Ukraine? Das Gebiet der heutigen Ukraine war bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts ein dünn besiedelter Raum, der von den Nachbarländern umkämpft war. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die Ländereien der heutigen Ukraine zwischen Polen, Österreich-Ungarn und Russland aufgeteilt. Nach der Revolution von 1917 erklärten einige dieser Länder vorübergehend ihre Unabhängigkeit. 1922 traten sie jedoch als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik der UdSSR bei. So erlangte die Ukraine Staatlichkeit, wenn auch begrenzt.

Die Ukraine war ein Agrarland. Um seine Entwicklung zu sichern, wurden 1918 auf Vorschlag von Wladimir Lenin sechs russische Industrieregionen, darunter Donezk und Lugansk, die nie Teil der Ukraine waren, an die Ukraine übertragen. 1939 wurde Galizien (Westukraine) von der Ukraine annektiert, die zuvor zu Polen gehörte. **Das heutige Territorium der Ukraine ist das Ergebnis ihres Beitritts zur UdSSR.** Sie besteht aus disparaten Stücken: von Galizien (Lwiw) mit starkem katholischen Einfluss bis zur Ostukraine, die sich stark nach Russland hingezogen fühlt.

Die sozialistische Ukraine entwickelte sich kraftvoll. Zur Metall- und Kohlegewinnung kamen Flugzeug- und Raketenbau, Petrochemie, Elektroindustrie (4 Kernkraftwerke) und Rüstungsindustrie hinzu. Als Teil der UdSSR erhielt die Ukraine nicht nur den Großteil ihres derzeitigen Territoriums, sondern auch wirtschaftliches Potenzial, was sie zur zehntgrößten Volkswirtschaft in Europa macht. Ukrainische Politiker dominierten die sowjetische Führung. N.Chruschev, L.Breschnew, K.Tschernenko regierten die UdSSR von 1953 bis 1983/

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Dezember 1991 wurde die Ukraine zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein unabhängiger Staat. Aber dies zerstörte die jahrhundertealte wirtschaftliche Integration mit Russland. Das „Markt“-Modell führte zur Deindustrialisierung

der Ukraine, zu einem starken Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung. Auf der Grundlage räuberischer Privatisierung entstand eine oligarchische Klasse.

Jetzt ist es das ärmste Land in Europa. Das Ausmaß an Korruption und sozialer Differenzierung ist weltweit am höchsten. Die verarbeitende Industrie, mit Ausnahme der Metallurgie, ist praktisch zerstört. Die Wirtschaft stützt sich auf westliche Kredite und Geldtransfers von Arbeitsmigranten, die auf der Suche nach Arbeit nach Europa und Russland aufbrachen. (etwa 10 Millionen von 45 Millionen Menschen), im Grunde qualifizierte Fachkräfte. Der Abbau des Humankapitals hat seine Grenze erreicht. Das Land steht am Rande einer nationalen Katastrophe.

Die Bevölkerung der Ukraine ist stark unzufrieden. Diese Unzufriedenheit mit pro-westlichen Behörden wird jedoch so manipuliert, dass jedes Mal noch mehr pro-westliche Kräfte die Wahlen gewinnen. Im Februar 2014 wurde in der Ukraine ein von den USA und der NATO unterstützter Staatsstreich durchgeführt. Das US-Außenministerium hat öffentlich erklärt, dass es 5 Milliarden US-Dollar in seine Vorbereitung investiert hat.

Neonazis kamen an die Macht. Das sind vor allem Menschen aus der Westukraine (Galizien), die jahrhundertlang unter polnischer und österreichisch-ungarischer Herrschaft stand. Extrem nationalistische, antisemitische, antipolnische, russophobe und antikommunistische Stimmungen sind dort historisch stark ausgeprägt. Nach Hitlers Einmarsch in die UdSSR wurden deutsche Truppen in der Westukraine mit Blumen begrüßt. Dort wurden SS-Divisionen gebildet, die gegen die Rote Armee kämpften. Lokale Nationalisten, angeführt von Hitlers Bewunderer Stephan Bandera, machten sich daran, die jüdische Bevölkerung auszurotten. In der Ukraine wurden etwa 1,5 Millionen Juden getötet – ein Viertel aller Holocaust-Opfer. Beim „Massaker von Wolyn“ 1944 wurden in der Westukraine etwa 100.000 Polen brutal ermordet. Banderas zerstörte die sowjetische Guerilla und verbrannte die Männer, Frauen und Kinder in Hunderten von Dörfern in Weißrussland bei lebendigem Leib.

Nach dem Krieg von 1945 bis 1953 entfesselten von den USA und Großbritannien unterstützte antikommunistische und antisowjetische Rebellen in der Westukraine Terror gegen die Zivilbevölkerung. In diesen Jahren tötete Banderas etwa 50.000 Zivilisten. Dies ist die Natur der **Kräfte – Nachkommen und Anhänger von Faschisten – die nach dem Putsch von 2014 an die Macht kamen.** Die Traditionen des antipolnischen, antisemitischen und antirussischen Terrors sind unter den Neonazis, die jetzt wirklich die Ukraine regieren, sehr stark. 42 Nazi-Gegner wurden am 2. Mai 2014 im Gebäude der Gewerkschaften in Odessa lebendig verbrannt /

Es ist eine Allianz von Neonazis mit oligarchischem Kapital. Banderas (wie die SS-Sturmtruppen in Deutschland) dienen als Stoßtrupp des Großkapitals. Der einzige Unterschied besteht darin, dass Banderas auf offenen Antisemitismus verzichtet, da sie eine Klasseneinheit mit der lokalen Oligarchie hergestellt hat. Banderas kontrollieren jede Bewegung der Staatsmacht streng und erpressen sie ständig mit der Androhung eines Staatsstreichs. Andererseits wird die Politik der Ukraine von der US-Botschaft in Kiew bestimmt.

Die Natur des gegenwärtigen ukrainischen Staates ist eine Allianz des Großkapitals und der Staatsbürokratie, die sich auf kriminelle und faschistische Elemente stützt und unter der vollen politischen und finanziellen Kontrolle der Vereinigten Staaten steht.

Nach 2014 wird die Nazi-Ideologie in die Ukraine eingepflanzt. Der Tag des Sieges über den Faschismus am 9. Mai wurde abgesagt. Ukrainische Faschisten – Organisatoren und Teilnehmer an den Gräueltaten des Krieges – werden offiziell als Nationalhelden anerkannt. Alljährlich werden Fackelmärsche zu Ehren faschistischer Verbrecher abgehalten. Straßen und Plätze sind nach ihnen benannt. Die Kommunistische Partei der Ukraine agiert im Untergrund. Einschüchterungen und politische Morde an Politikern und Journalisten wurden zu einer Konstante. Denkmäler für Lenin und alles, was mit der Erinnerung an das Leben in der UdSSR zu tun hat, wird zerstört.

Gleichzeitig begann ein Versuch, die russische Bevölkerung der Ukraine mit der Unterdrückung der russischen Sprache gewaltsam zu assimilieren. Ein Versuch, Afrikaans anstelle von Englisch in Südafrika einzuführen, führte 1976 zum Soweto-Aufstand. Dasselbe geschah in der Ukraine. Der Versuch, Schulbildung aus dem Russischen ins Ukrainische zu übertragen, stieß in den Regionen Donezk und Lugansk auf heftigen Widerstand. Die Menschen griffen zu den Waffen. Im Mai 2014 wurde dort ein Referendum abgehalten, bei dem 87 % der Bürger für die Unabhängigkeit stimmten. So entstanden die Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LPR). Nach mehreren erfolglosen Versuchen, in die LPR-DVR einzudringen, gingen die Nazis aus Kiew zum Terror über. **Während 8 Jahren Beschuss aus großkalibrigen Kanonen wurden in LPR-DVR mehr als 13.000 Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen, getötet. Mit dem völligen Schweigen der Weltgemeinschaft.**

Die Kommunisten Russlands beteiligen sich aktiv an der Verteidigung der LVR-DVR. Hunderte Kommunisten kämpften als Teil der Truppen der Volksrepubliken gegen die Nazis. Dutzende von Kommunisten starben in diesem Kampf. In 8 Jahren schickte die KPRF 93 Konvois mit humanitärer Hilfe in diese Republiken mit einem Gesamtgewicht von 13.000 Tonnen, empfing Tausende von Kindern zur Erholung und Behandlung in Russland. In all diesen Jahren forderte die KPRF unter Führung von Gennadi Sjuganow von der Führung Russlands die Anerkennung der Unabhängigkeit des Donbass.

Im März 2015 wurden auf Initiative Russlands (unter Beteiligung Deutschlands und Frankreichs) die Minsker Abkommen geschlossen, die den Sonderstatus der LVR-DVR innerhalb der Ukraine vorsahen. Die Ukraine hat sich jedoch ihrer Umsetzung entzogen. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten bereitete sich Kiew darauf vor, die LVR-DVR mit Waffengewalt zu zerschlagen. **Die USA, Großbritannien und andere NATO-Mitglieder bildeten die ukrainische Armee aus. Sie bauten über 30 große militärische Einrichtungen in der Ukraine, einschließlich 15 Pentagon-Labors für die Entwicklung bakteriologischer Waffen (Cholera, Pest und andere tödliche Krankheiten).** Die Ukraine mit ihren vier Kernkraftwerken und ihrem enormen wissenschaftlich-technischen Potenzial ist in der Lage, eine A-Bombe zu bauen. Diese Absicht wurde öffentlich erklärt. Es bestand die Gefahr des Einsatzes von US-Marschflugkörpern. **Die Lage in der Ukraine bedroht zunehmend die Sicherheit Russlands.**

Im Dezember 2021 schlug Russland den Vereinigten Staaten vor, über eine Nichterweiterung der NATO zu sprechen. Die USA und die NATO ignorierten den Vorschlag. Im Januar 2022 warnte Russland, dass es gezwungen sein würde, zusätzliche Maßnahmen zum Schutz seiner Sicherheit zu ergreifen. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Ukraine 150.000 Soldaten und Nazi-Bataillone im Donbass konzentriert hatte. Kiew bereitete sich mit Unterstützung der USA darauf vor, die Kontrolle über den Donbass durch einen Krieg im März dieses Jahres zurückzugewinnen.

Am 22. Februar gab Präsident Putin die Anerkennung der Unabhängigkeit der LPR-DVR bekannt. Am 25. Februar hat die Operation der russischen Streitkräfte begonnen.

Russland wird die Ukraine nicht besetzen. Der Zweck der Operation ist die Befreiung der Ukraine von den Nazis und ihrer Neutralität (Verweigerung des NATO-Beitritts). Die Taktik der russischen Truppen besteht darin, beim Angriff auf militärische Einrichtungen die Verluste unter der Zivilbevölkerung und dem ukrainischen Militär zu minimieren, um die Zerstörung der zivilen Infrastruktur zu vermeiden. Sie sind brüderliche Menschen. Wir werden weiterhin zusammenleben. Die Bandera-Nazis wenden jedoch die widerlichsten Taktiken der deutschen Faschisten an, indem sie Zivilisten und ihre Häuser als menschliche Schutzschilde benutzen. Sie installieren Artillerie und Panzer in Wohngebieten, verbieten Bürgern, Kriegsgebiete zu verlassen, machen Hunderttausende Menschen zu Geiseln.

Diese schändliche Nazi-Taktik wird im Westen nicht verurteilt. Es sind die Vereinigten Staaten, die einen Informationskrieg durch die von ihnen kontrollierten Medien führen (nur Russia Today widersetzt sich), die an dem Krieg interessiert sind. Die Vereinigten Staaten schlagen nicht nur Russland, sondern auch Europa an. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 war ein Mittel zur Destabilisierung der Europäischen Union. Heute besteht das Hauptziel der USA darin, russische Gaslieferungen über die Nord Stream-2-Pipeline zu verhindern, um Europa zu zwingen, teureres Flüssiggas aus den Vereinigten Staaten zu kaufen, und damit Deutschland und andere EU-Länder stark zu schwächen. Das Handelsvolumen zwischen Russland und der EU beträgt 260 Milliarden Dollar pro Jahr. Mit den USA – 23 Mrd. USD. 10 mal weniger. Daher treffen die auf Antrag der Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen in erster Linie Europa.**Die Ereignisse in der Ukraine sind ein weiterer amerikanischer Krieg um die Weltherrschaft.**

Übrigens sind die Behauptungen über den globalen Charakter des Boykotts Russlands falsch. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Indien, China und Südafrika), die 43 % der Weltbevölkerung ausmachen, unterstützten keine Sanktionen. China ist die 1. und Indien die 3. größte Volkswirtschaft der Welt. Sanktionen wurden von Asien (mit Ausnahme von Japan und Südkorea mit ihren US-Militärbasen), vom Nahen Osten, von den größten Ländern Lateinamerikas und von der Mehrheit der Länder nicht unterstützt

Seit 30 Jahren bin ich einer der aktivsten Kritiker der Innen- und Außenpolitik der russischen Elite. In ihrem Klassencharakter unterscheidet sich die oligarchisch-bürokratische Macht in Russland nicht sehr von der Macht in der Ukraine (außer ohne Faschismus und volle US-Kontrolle). Doch in den leider seltenen Fällen, in denen die Führung Russlands eine Linie verfolgt, die den historischen Interessen des Landes und der Bevölkerung entspricht, ist das Prinzip der „automatischen“ Kritik kaum angebracht.

Ich habe lange argumentiert, dass Sanktionen eine positive Wirkung haben werden, um die auferlegte Abhängigkeit Russlands vom Westen in verschiedenen Lebensbereichen zu beseitigen. Erste Schritte in diese Richtung unternimmt die russische Regierung bereits. Die Aufgabe der linken Kräfte besteht darin, die Behörden energisch zu ermutigen, nicht nur die Außenpolitik, sondern auch den sozioökonomischen Kurs zu ändern, der nicht den Interessen der Menschen entspricht.

<https://rkrp--rpk-ru.translate.google.com/2022/03/22/конференция-против-фашизма-на-украин/? x tr sl=ru& x tr tl=de& x tr hl=de& x tr pt=sc>

RKAP-Nachrichten

Anmerkung PK: Dies ist eine Veröffentlichung der RKAP-Nachrichten-Seite, aber keine Stellungnahme oder Positionierung der RKAP. Bisher liegt, soweit ich das sehen kann, keine Stellungnahme vor, sondern einzelne Kommentare.

Konferenz zur Unterstützung des Kampfes gegen den Faschismus in der Ukraine

22. März 2022

Am Sonntag, dem 20. März, fand in Leningrad im Hauptquartier der RCWP eine Konferenz statt, an der Vertreter der ROT FRONT, von „Anderes Russland“ und einer Reihe anderer Organisationen teilnahmen. Es wurde über die Situation in der Ukraine und den Verlauf der Militäroperation zur Unterdrückung des Faschismus gesprochen.

Die Konferenz wurde als Gastgeber vom Leiter der ROT FRONT, Sekretär des Zentralkomitees der RKAP, Abgeordneter der Staatsduma der 4. Einberufung, Viktor Arkadjewitsch Tyulkin, der die Organisation den Diskussionsteilnehmern vorstellte, eingeladen Experten und die anwesenden Medien.

Der sprechende Führer des „Anderen Russlands“ Andrey Dmitriev sprach über seine kürzliche Reise in den Donbass. Er teilte die Ansicht seiner Organisation über die aktuellen Ereignisse, sprach über die Geschichte des Kampfes des Anderen Russlands gegen den ukrainischen Faschismus im Donbass und über mögliche Perspektiven für die Entwicklung der Situation. Er betonte, dass die Unterstützung der russischen Spezialoperation in der Ukraine keine Unterstützung des Putin-Regimes bedeute .

Im Bericht von VA Tyulkin über die Position der Kommunisten wurde der Hauptgrund nicht nur dieses blutigen Konflikts, sondern auch einer ganzen Kette früherer Konflikte herausgegriffen: Sumgayit, Karabach, Transnistrien, Tadschikistan, Abchasien, Georgien, Ossetien, Tschetschenien , Donbass, Ukraine ... Dieser wahre Grund ist der Kapitalismus . Solange die Sowjetunion existierte, hatten Russen und Ukrainer nichts mit anderen Völkern zu teilen. Sowohl das Land als auch die Produktionsmittel waren gemeinsam, alle Völker der UdSSR bauten gemeinsam ihre Zukunft auf. Alles änderte sich mit dem Aufkommen des Kapitalismus, der die Völker spaltete. V. Tyulkin betonte auch, dass der aktuelle Konflikt kein Krieg der Russen gegen die Ukrainer sei, sondern ein interimperialistischer Konflikt zwischen den USA und der NATO gegen Russland auf dem Territorium der Ukraine. Darüber hinaus erreicht der größte Imperialismus der Welt, der die Russische Föderation und die Ukraine ausspielt, seine Ziele – er kämpft mit Stellvertretern. Gleichzeitig steht der entfesselte blutige Konflikt auf einer Stufe mit der Nato-Aggression gegen Jugoslawien, den Irak, Libyen und Syrien. Und trotz der Tatsache, dass die Interessen der russischen Bourgeoisie ziemlich reaktionär sind, trägt die aktuelle Militäroperation zur Unterdrückung des Bandera-Nationalsozialismus objektiv eine fortschrittliche Komponente, weil. Der Krieg richtet sich einerseits gegen den echten Faschismus und andererseits gegen die Nutzung der Ukraine als Sprungbrett für die NATO gegen Russland.

Mit Kritik an der pazifistischen Haltung vieler Linker und LinkerKräfte "kein Krieg" wurde vom Historiker und Publizisten Igor Wassiljewitsch Pykhalov gemacht. Er sprach über die Stellung der Klassiker des Marxismus Marx, Engels und Lenin zu ihren zeitgenössischen Kriegen und zeigte an konkreten Beispielen, dass ihnen der Pazifismus fremd war. So erklärte Engels zum Beispiel, was manchmal passiert: Fortschrittliche

Veränderungen werden durch reaktionäre Maßnahmen herbeigeführt. Ein Beispiel ist die Einigung Deutschlands mit bewaffneten Mitteln, obwohl diese Einigung von niemand geringerem als Bismarck durchgeführt wurde, und er tat es mit "Eisen und Blut". Lenin forderte eine Analyse der Voraussetzungen jedes Krieges, eine Betrachtung der Politik im langfristigen und universellen Zusammenhang der Tatsachen, die zum Krieg geführt haben. Die Muster des Krieges von 1914 mechanisch zu dehnen, ohne die aktuellen Kräfteverhältnisse auf die aktuelle Situation zu berücksichtigen, ist falsch und kann zu großen Fehlern führen. Es liegt im Interesse der Werktätigen aller Länder, zu verhindern, dass die Vereinigten Staaten diesen Krieg gewinnen,

Der erste Sekretär des Zentralkomitees der RKR, Stepan Sergejewitsch Malenzow, enthüllte in seiner Rede die Dialektik der Nutzung von Widersprüchen im Lager der Bourgeoisie im Interesse der Arbeiterklasse. Trotz des reaktionären Charakters des Putin-Regimes und des räuberischen Charakters des russischen Imperialismus hat die Spezialoperation derzeit einen überwiegend fortschrittlichen Charakter, vor allem mit ihrer antifaschistischen Aufladung. Aber dieser Kampf des bürgerlichen Russlands ist erzwungen, er ist keineswegs ein Kampf für den Sozialismus unter einem roten Banner, und es gibt keine nationale Einheit um Putin und die Oligarchen und kann es auch nicht sein. Unsere Aufgabe ist es, den Kampf gegen den Faschismus in einen Kampf für den Sozialismus und die UdSSR zu verwandeln.

Der Kandidat der Militärwissenschaften Vladimir Vasilievich Kvachkov ging in seiner Rede auf die militärischen Aspekte der Spezialoperation ein.

Eine Reihe anderer Genossen sprach auf der Konferenz.

Die Konferenz betonte einstimmig die Notwendigkeit, den Kampf der russischen Streitkräfte und der Donbass-Miliz zur Unterdrückung des Faschismus und zur Entnazifizierung der Ukraine zu unterstützen. Kommunisten und Patrioten können nur Antifaschisten sein.

Pressezentrum LK RKAP

Internet: https://rkrp--rpk-ru.translate.google.com/?x_tr_sl=ru&x_tr_tl=de&x_tr_hl=de&x_tr_pto=sc

Kommunisten und die aktuelle Weltkrise

Datum: 25.03.2022

Artikel der Nachrichtenseite der RKAP - übersetzt mit deepL
Autor: Alexander Stepanow

"Seine theoretischen Ansichten können wohl kaum als vollständig marxistisch eingestuft werden, denn er hat etwas Scholastisches an sich (er hat nie studiert und ich glaube nicht, dass er die Dialektik je ganz verstanden hat)".

Mit diesem leninistischen Satz über Nikolai Iwanowitsch Bucharin möchten wir einen Artikel über die Reaktion vieler Kommunisten auf die jüngsten Ereignisse beginnen, die jetzt damit beschäftigt sind, die notwendigen Zitate aus Lenins Werken von 1914 auszuwählen oder die Parolen aus der Zeit des Kampfes gegen den deutschen Faschismus zu wiederholen. Die Genossinnen und Genossen sind der Meinung, dass es in der gegenwärtigen Situation einfach notwendig ist, die ideologische Position, die den Kommunisten vor langer Zeit den politischen Sieg gebracht hat, wieder zu reproduzieren. Sie behaupteten, wenn es damals funktionierte, würde es auch jetzt bei uns funktionieren, wenn wir uns nur an die "Anweisung" halten und nicht auch nur einen Schritt davon abweichen sollten.

Obwohl bereits Heraklit, der alles mit einem Fluss verglich, sagte: "Man kann nicht zweimal in denselben Fluss eintreten". Und die marxistische Dialektik widerlegt diese Aussage des antiken griechischen Philosophen nicht, sondern unterstützt sie voll und ganz.

Ein Rückblick auf die Geschichte

Wenn die Analogie zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gezogen werden soll, muss man sich vor Augen halten, dass sich in jenem Krieg zwei Blöcke von Ländern gegenüberstanden, die in ihrer Stärke und ihrem imperialistischen Wesen absolut identisch waren. Mit Ausnahme des republikanischen Frankreichs und des zaristischen Russlands handelte es sich um konstitutionelle Monarchien mit einer schlichten, traditionellen Ideologie, die in dem Satz "Für Gott, Kaiser und Vaterland!" zum Ausdruck kam.

Es ist erwähnenswert, dass die damalige Sozialdemokratie im Gegensatz zur heutigen Situation einige Möglichkeiten hatte, diesen Krieg zu beenden, dies aber aufgrund des Opportunismus ihrer Führer nicht tat.

Bei diesen besonderen historischen Ereignissen war nur die Position der Bolschewiki unter der Führung von Lenin richtig, die erklärten, dass dieser Krieg auf beiden Seiten gleichermaßen ungerecht war. Und die die Parole ausgegeben haben, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die herrschenden Klassen zu verwandeln. Die letzte Losung, was besonders wichtig ist, war kein Hirngespinnst, sondern beruhte auf der Realität, in der Millionen von ehemaligen Arbeitern und Bauern die Soldatenmäntel anzogen und Waffen in die Hände bekommen haben. Die darauf folgenden Ereignisse nicht nur in Russland, sondern auch in Deutschland, Ungarn und einer Reihe anderer Länder, nur 3-4 Jahre später, haben dies eindeutig bewiesen.

Auch der Zweite Weltkrieg begann als ein imperialistischer Krieg. Ich erinnere Sie an ein Zitat aus Stalins Rede auf dem 18. Parteitag am 10. März 1939: " Seit zwei Jahren findet ein neuer imperialistischer Krieg statt, der sich über ein riesiges Gebiet von Schanghai bis Gibraltar ausgebreitet hat und mehr als 500 Millionen Menschen gefangen genommen hat. Die Landkarte Europas, Afrikas und Asiens wird gewaltsam neu gezeichnet. Das gesamte System des sogenannten Friedensregimes der Nachkriegszeit ist grundlegend erschüttert.

Bezeichnend ist jedoch, dass die UdSSR und die Kommunisten anderer Länder zu dieser Zeit beispielsweise Äthiopien unterstützten, eine absolute Monarchie mit einer Vielzahl mittelalterlicher Überreste, die sich im Krieg mit dem faschistischen Italien befand. Und schließlich bildete sich allmählich ein antifaschistischer Block, dem die UdSSR, die USA, Äthiopien und viele andere Länder mit sehr unterschiedlichen sozioökonomischen und politischen Strukturen angehörten. Für die englischen Kommunisten zum Beispiel ist die antikommunistische Churchill-Regierung immer feindlich gewesen, aber unter diesen konkreten historischen Bedingungen musste ihre Position korrigiert werden. Auf jeden Fall war das Verhalten der kommunistischen Weltbewegung zu jener Zeit sehr verständlich und führte auch zum Erfolg, zur Schaffung eines sozialistischen Weltsystems nach 1945.

Aber auch dies geschah unter den konkreten geschichtlichen Bedingungen. Und wenn nun Gennadi Andrejewitsch Sjuganow unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Faschismus und aus irgendeinem Grund gegen die "Angelsachsen" alle in der bürgerlichen Duma dazu aufruft, sich zu vereinen und "konstruktiv zu arbeiten", und dabei die einzigartige Erfahrung von Lenin und Stalin gegenüber der Partei "Einiges Russland", Schirinowski oder den Liberalen vom "Neuen Volk" anführt, kann das nur Gelächter hervorrufen. Und sei es nur, weil der erste sozialistische Staat der Welt heute einfach nicht mehr gibt. Aber was gibt es?

Eine neue Art von Konflikten

Wenn wir den aktuellen Konflikt um die Ukraine analysieren, kommen wir nicht umhin festzustellen, dass er nur Teil einer seit langem bestehenden Konfrontation zwischen zwei Weltmächten ist. Auf der einen Seite ist der globale imperialistische Westen involviert. Auf den ersten Blick scheint alles schon lange klar zu sein. Es ist die vereinte Weltmacht des transnationalen Finanzkapitals, das seine "Gendarmen" in Form der USA und der NATO und anderer politischer und wirtschaftlicher Organisationen hat, die die Wirtschafts- und Finanzdiktatur umsetzen: die EU, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation. Das heißt, wir haben es nicht mit dem Imperialismus jedes einzelnen Landes zu tun, wie es 1914 der Fall war, sondern mit einem seit langem etablierten Weltsystem.

Auch wenn Sozialdemokraten an der Macht sind, wird im Zentrum eine rein neoliberale Politik verfolgt, während in der Peripherie halbfaschistische Regime (Ukraine, Kolumbien) vorherrschen können. Nicht umsonst hat der Westen vor langer Zeit einen Prozess der schleichenden Rehabilitierung des Faschismus eingeleitet.

Wir müssen auch beachten, dass der moderne westliche Imperialismus im Gegensatz zum klassischen Imperialismus mit seiner Verteidigung der "traditionellen Werte" in den letzten hundert Jahren viel gelernt hat. Er hat sogar das Wort "Revolution" rehabilitiert, allerdings nur, wenn es sich um Prozesse handelt, die für ihn von Vorteil sind. Sie könnte sogar einige linke Parolen verdauen, so dass viele moderne westliche Linke längst integraler Bestandteil des neoliberalen Projekts geworden sind, das der berüchtigte "antiautoritäre LGBT-Sozialismus" keineswegs bedroht, sondern oft sogar unterstützt.

Aber wie kann man die Kraft charakterisieren, die sich diesem absoluten Übel für Kommunisten entgegenstellt? Es ist ein sehr merkwürdiges Konglomerat von Kräften, die sehr unterschiedlich und in vielerlei Hinsicht ideologisch gegensätzlich sind. Zu diesem Lager einer multipolaren Welt gehört auch das formell "rote", aber marktorientierte, multistrukturierte China. Die kapitalistische Russische Föderation. Der Klerikale Iran. Linke Regime in Lateinamerika und andere antiimperialistische Staaten (Nordkorea, Syrien oder Belarus). Ja, man könnte sagen, dass einige kleine Länder wie Kuba in dieser Gesellschaft sind, weil sie sonst niemanden haben, an den sie sich in einem schwierigen internationalen Umfeld anlehnen können. Und Russland

oder China erweisen sich trotz ihrer Klassenunterschiede als die Kräfte, die ihnen helfen können, zu überleben.

Ich wage die Behauptung, dass der Widerstand dieser amorphen Kraft gegen den westlichen Imperialismus, die im Namen einer "multipolaren" Welt handelt, nicht die Art von zwischenimperialistischem Kampf ist, der in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stattfand. Und das, obwohl in der überwiegenden Mehrheit dieser Länder das Privatkapital die staatliche Politik entweder bestimmt oder spürbar beeinflusst. Und sei es nur, weil die Länder, die dem Westen gegenüberstehen, einfach nicht gleich stark sind, weder finanziell noch technologisch, wie die recht erfolgreiche Sanktionspolitik gegen sie deutlich zeigt. Einige dieser Länder, darunter das heutige Russland, können mit einem Vorbehalt als "subimperialistisch" bezeichnet werden, mehr aber auch nicht.

Denn selbst wenn man das größte Land dieses antiwestlichen Blocks, China, nimmt, ist die Debatte über den Charakter seiner sozioökonomischen Struktur derzeit endlos. Ja, seine vielgestaltige Wirtschaft ist schwer zu durchschauen. Wenn Sie wollen, können Sie über eine verlängerte "Neo-NÖP" oder eine Art Übergangszeit argumentieren. Aber ist es möglich, zumindest im Moment, von einer Art "chinesischem Imperialismus" zu sprechen? Einem Imperialismus, der in einem Land existiert, das von der größten Partei der Welt geführt wird, die sich selbst als kommunistisch bezeichnet... Erinnern wir uns an Lenins Charakterisierung des klassischen Imperialismus der verschiedenen Länder: Finanz-, Kolonial- oder militärisch-feudaler Imperialismus. Sollen wir den "kommunistischen" Imperialismus zu dieser Liste hinzufügen? Wie Enver Hoxha einst allen Ernstes über den "Sowjetimperialismus" argumentierte ... Aber wäre eine solche Einschätzung angemessen?

Auch Weißrussland kann als Beispiel angeführt werden. Es ist klar, dass es sich auf den "richtigen" Kapitalismus zubewegt, aber die Beibehaltung einer starken staatskapitalistischen Ordnung und eine Reihe anderer "Überbleibsel" machen es sehr schwierig, ein solches Land in die globale Struktur der imperialistischen Herrschaft einzubeziehen. Für den Westen wäre es einfacher, seine gesamte hochtechnologische Industrie mitsamt ihren Managern und Arbeitskräften einfach zu zerstören. Und genau das ist der Grund für den Widerstand.

Zufall oder Muster?

Die Mehrdeutigkeit der Ereignisse, ihre "Unähnlichkeit" mit denen von 1914, spiegelt sich in einer Reihe weiterer Fakten wider. So hat beispielsweise zu Beginn des Ersten Weltkriegs die gesamte russische Bourgeoisie in der Erwartung neuer Profite und Märkte aktiv für den Krieg

agitiert. Sie wurde auch von fast der gesamten russischen liberalen Intelligenz unterstützt. Das Symbol dieser Massenstimmung war der Führer der Kadettenpartei, Professor Pawel Nikolajewitsch Miljukow, der damals den Spitznamen "Dardanellesky" trug. Die Bolschewiki, die sich damals gegen den imperialistischen Krieg gestellt hatten, befanden sich in völliger politischer Einsamkeit.

Ein sichtbarer Teil des russischen Großkapitals ist über die begonnene Militäroperation und den darauf folgenden Sanktionsdruck eindeutig nicht erfreut. Sie würden lieber mit dem Westen verhandeln und ihm sogar nachgeben. Ganz zu schweigen von der liberalen Intelligenz und der liberalen Opposition. Das heißt, die Linke, die beschlossen hat, einfach die Antikriegsparolen des Ersten Weltkriegs zu wiederholen, hat unerwartete situative "Verbündete" wie Sobtschak, Chodorkowski, die Jabloko-Partei von Grigori Alexejewitsch Jawlinski ("Krymotdanskim") und andere glühende Antikommunisten. Auch die berüchtigte Bewegung der "Dekommunisierung" eingeschlossen.

Eine unangenehme Gesellschaft, das steht fest.

Andererseits haben sehr viele Personen mit kommunistischen Überzeugungen die Operation in der Ukraine behutsam unterstützt. Wir sprechen hier nicht von Berufspolitikern auf der Gehaltsliste wie Sjuganow, sondern von einer großen Zahl einfacher Aktivisten und Anhänger. Diese Position wird übrigens auch von einer Reihe von radikalen kommunistischen Organisationen in der ganzen Welt geteilt. Vielleicht sollten wir sie nicht gleich alle als "linke Wächter" bezeichnen, sondern stattdessen den objektiven Gründen für solche Gefühle und Emotionen auf den Grund gehen.

Meiner Ansicht nach liegen sie in der Tatsache begründet, dass die Ukraine ein vollständig "dekommunizierter" und halbfaschistischer Staat ist, in dem Kommunisten und die kommunistische Ideologie vollständig verboten sind und in der Armee offiziell der faschistische Gruß eingeführt wurde. Jeder Erfolg der derzeitigen ukrainischen Regierung wird also ein Erfolg für alle Rechtsextremen und Antikommunisten in der Welt sein. Das würde ich nicht gerne sehen...

Es gibt noch einige weitere Punkte, die als zufällig betrachtet werden können oder bestimmte tiefer liegende Prozesse widerspiegeln, die den aktuellen Konflikt von einem gewöhnlichen imperialistischen Krieg unterscheiden. Nehmen wir die Tatsache, dass die Behörden der DVR und der LVR offiziell die sowjetischen Namen von Straßen und Plätzen in den von Kiew befreiten Gebieten wiederherstellen. Über die derzeitige Führung der "Volksrepubliken" darf

man sich keine Illusionen machen, aber sie trifft mit diesem Schritt die Stimmung in der Bevölkerung. Oder beispielsweise hat ein Foto mit einer roten Flagge über einem russischen Schützenpanzer, der an militärischen Operationen teilnimmt, in den sozialen Netzwerken große Emotionen ausgelöst. Natürlich spiegeln sie nur die Gefühle einiger gewöhnlicher Teilnehmer an der Operation wider, aber solche Fotos sind keine Einzelfälle. Könnte dies der Grund dafür sein, dass Kisseljows Propaganda des Antisowjetismus im russischen Fernsehen zugenommen hat, insbesondere die Propaganda des russischen faschistischen Ideologen Iwan Iljin?

Resümee

Die gegenwärtige Weltordnung ist das Ergebnis sowohl der Siege des Sozialismus in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als auch seines Zusammenbruchs. Auch dies hat das Wesen der Kräfte, die sich heute dem imperialistischen Westen entgegenstellen, stark geprägt. Der Widerstand hat einen sehr konservativen Charakter, mehr rechts als links. Man könnte diesen Widerstand sogar als reaktionär bezeichnen, in dem Sinne, dass er lediglich eine Reaktion auf die "neue Weltordnung" ist, die auf den Werten von gestern beruht. Dazu gehören der Traditionalismus, die Losung einer "multipolaren Welt" und eine Art "Feudalsozialismus", wenn man sich an die Definition der Klassiker erinnert, und vieles mehr. Wir stellen lediglich fest, dass heute ein Kampf zwischen zwei heterogenen Weltkräften stattfindet, dessen Verlauf weitgehend die Entwicklungsperspektiven der gesamten Menschheit bestimmt.

In den heutigen Diskussionen im Internet gibt es die schlechte Angewohnheit, alles schablonenmäßig zu betrachten, und ich höre schon die Frage: Sie schlagen also vor, die Politik der russischen Führung zu unterstützen?

Nein. Auch wenn es einfacher ist, die gleiche Analogie zu verwenden wie viele der heutigen Linken. Wir erinnern uns an die Worte Lenins über den Kampf zwischen dem reaktionären imperialistischen Westen und dem revolutionären nationalistischen Osten. Wir suchen nach dem entsprechenden Zitat, dass die Bolschewiki es für möglich hielten, jene nationale Bourgeoisie zu unterstützen, die, wenn auch widersprüchlich, gegen den westlichen Imperialismus und seinen inneren Pfeiler, die Kompradorenbourgeoisie, kämpfte. Und die "marxistische Rechtfertigung" ihrer Position ist fertig! Aber wir sollten die Eule nicht auf den Globus ziehen.¹ Die Situation ist schon deshalb anders, weil auch das Großkapital der Länder, die sich dem Westen widersetzen, in gewissem Maße am Globalisierungsprozess beteiligt ist.

¹ «натягивать сову на глобус.»

Weder Marx, Lenin, Stalin, Mao noch Che Guevara haben uns Anweisungen hinterlassen, wie wir uns unter diesen neuen Bedingungen verhalten sollen. Auf jeden Fall ist es lächerlich und nicht dialektisch, richtige Losungen und Texte zu wiederholen, die vor 108 Jahren geschrieben wurden. Warum also sollten wir es dem Genossen Bucharin gleichtun, der die Dialektik nicht verstanden hat? Denn bei der unvermeidlichen Kollision mit der neuen Realität werden solche abstrakten Losungen nicht zu positiven Ergebnissen führen. Das wird nur zum Scheitern und zur unvermeidlichen Enttäuschung unserer Anhänger führen.

Andererseits gibt es sicherlich keinen Grund, Putin wie Sjuganow hinterherzulaufen. Ich denke, dass die RKAP in ihrer jüngsten Erklärung zu den Ereignissen im Donbass den richtigen Ton gefunden hat. Auf der einen Seite heißt es: "Da dieser Kampf heute in gewissem Maße dem Volk des Donbass hilft, sich gegen den Bandera-Faschismus zu wehren, leugnen die Kommunisten in diesem Teil des Donbass ihn nicht, sondern erlauben und unterstützen ihn, soweit er gegen den Faschismus im Donbass und in der Ukraine geht. Andererseits beschönigt die Erklärung nicht das Klassenwesen der gegenwärtigen russischen Regierung, ihre Ziele und Methoden und die wahren Ursachen der sozioökonomischen Misere, die die russische Bevölkerung bereits getroffen hat und die sich eindeutig noch verstärken wird. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Putin-Führung keineswegs bereit ist, ihre alte Politik aufzugeben.

Eine ausgewogene und theoretisch begründete Einschätzung des gegenwärtigen Konflikts wird den Kommunisten helfen, eine angemessene Position in diesem Konflikt einzunehmen und die richtige Formulierung, die richtigen Worte und den richtigen Tonfall für die direkte Agitation unter dem Teil der arbeitenden Bevölkerung zu wählen, der sich für sozialistische Ideen interessiert. Dazu müssen wir aber zugeben, dass wir es mit einer qualitativ neuen Situation zu tun haben.

Alexander Stepanow

Übersetzt mit www.deepl.com/

„Eine Eule auf den Globus ziehen“ ist ein geflügeltes Wort im russischen und bedeutet die Verfälschung von Fakten, ungeschickte Manipulation von Quellen, um einen Standpunkt zu rechtfertigen.

Russian CWP, A thin world - how is it?

3/21/22

The hostilities of the Russian armed forces and the Donbass militia have been going on for almost a month. At the same time, first on the territory of Belarus, then remotely, negotiations between the parties began. It is clear that any war ends in peace, but here we are talking about the relationship between two once fraternal, constituting parts of a single Soviet people. It is probably not necessary to count on quick decisions, but no one, except for outright Nazis, objects to the opening of corridors for the withdrawal of civilians from the combat zones.

Some time ago, Presidential Press Secretary D. Peskov publicly stated a number of conditions under which the Russian authorities are ready for an "immediate cessation" of hostilities.

According to a statement by a Kremlin spokesman, Ukraine should amend the Constitution with guaranteed neutrality and renounce claims to join "any bloc."

In addition, Ukraine must recognize Crimea as Russian, and the DNR and LNR as independent states.

The Ukrainian authorities must cease hostilities and complete the demilitarization of Ukraine.

Stepan Malentsov, First Secretary of the Central Committee of the RKRP, comments on this situation .

Corr.: *Stepan Sergeevich, is a bad peace better than a good quarrel? Are you for peace?*

SM: I would strongly advise everyone to pay attention to the fact that in the presentation of the majority of the media these conditions are emphasized and analyzed, but about the task of *denazification*, i.e. about the eradication of Nazism, fascism of the *Bandera* modification, they are talking less. It is understandable. This issue is much more complex than just demilitarization, i.e. destruction of military infrastructure during hostilities and further disarmament under pressure from the prevailing force.

I would say that the Russian Federation has come to a key moment, the territory of Donbass has almost been liberated, which we consider a positive component in this military operation. The military potential of Ukraine is significantly suppressed. Putin and the government need to think about how to emerge victorious from the war. Hoping that Putin will "turn to the left" and change his attitude towards the Soviet era, i.e. about building a union between Russia and Ukraine as equal friendly peoples, is clearly not worth it. Judging by the suppression of civil rights in Russia, Putin will only "rule", and express respect for the Soviet Union will only be to privatize the glory and promote the economic interests of his entourage on the territory of the post-Soviet republics.

It's time for bidding. Under the conditions put forward, the positive component is only in the recognition of the Crimea and Donbass, and, well, a little in demilitarization.

The issue of denazification, i.e. the fight against fascism, as I said, is much more difficult. Because as long as the source of fascism, capitalism itself, and especially its modern core, the most reactionary, most chauvinistically inclined financial capital, remains, a relapse is always possible. This, I note, is not so much about the *Bandera* and national battalions, it is about the

largest imperialist in the face of the United States. And here things are not called by the Russian authorities by their proper names, they are not opponents of this phenomenon. Rather, competitors who until recently called each other partners. We have pointed out many times that it is naive to think that the *Vlasovites* are better than the *Banderaites*.

Therefore, what today leads to a cessation of hostilities as the previously declared goals are achieved must be supported. But we cannot and will not support the construction of a future life according to the patterns of the bourgeoisie of the Russian Federation. This is already a reactionary component of the policy of the Russian Federation. In many respects, we observed this in the example of the LPR and DPR, when the element of "nationality" is gradually washed out of the republics, the dictatorship of Russian and local oligarchs and other crooks is established, who were not noticed in the same ranks as *miners* and *tractor drivers* in the fight against the Nazis. This is *the bad world*.

As before, we repeat today that the fundamental solution of the problem is only on the path of socialism. Incl. we are for turning the war for demilitarization and denazification into a struggle for socialism.

The commentary was written by Dmitry Volgin.

KP Griechenlands ENTSCHLISSUNG DES ZENTRALKOMITEES DER KKE ÜBER DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG IN DER UKRAINE

18.03.22

BESCHLUSS DES ZENTRALAUSSCHUSSES DER KKE ÜBER DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG IN DER UKRAINE

1. Die KKE verurteilte vom ersten Moment an die russische Invasion in der Ukraine und drückte ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine aus.

Die Menschen in der Ukraine zahlen seit mindestens einem Jahrzehnt den Preis für den Wettbewerb und die Eingriffe in die Aufteilung von Märkten und Einflussphären zwischen den USA, der NATO und der EU einerseits und die Strategie der „Euro- Atlantikerweiterung“ und andererseits die Strategie der kapitalistischen Russischen Föderation für ihre eigenen Ausbeutungspläne gegen die Völker, die darauf abzielen, ihre eigene imperialistische Koalition (Eurasische Wirtschaftsunion, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) im Gebiet der ehemaligen UdSSR zu stärken.

Die russische Militärintervention markiert im Wesentlichen den formellen Beginn eines Krieges, der von einem Pulverfass vorbereitet wurde, das sich im Laufe der Zeit angesammelt hat. Der Fokus liegt auf der Aufteilung von Bodenschätzen, Energie, Land, Arbeitskräften, Pipelines, Warentransportnetzen, geopolitischen Eckpfeilern und Marktanteilen.

Seit Jahren versuchen und fördern die USA, die NATO und die EU systematisch die wirtschaftliche, politische und militärische Einkreisung Russlands, indem sie intervenieren, schlagkräftige Streitkräfte einsetzen und Todesbasen errichten und so Öl ins Feuer gießen.

Nach dem Bruch des Warschauer Pakts hat sich die NATO nicht nur nicht aufgelöst oder eingeschränkt, sondern ist im Gegenteil erweitert worden und hat in ihren Reihen auch andere osteuropäische Länder und ehemalige Sowjetrepubliken aufgenommen. Es stationiert Streitkräfte, Stützpunkte und moderne Waffen in verschiedenen Regionen Russlands. Seit Jahren finden in der Nordsee, in Osteuropa, im Schwarzen Meer und in der Ostsee militärische Pläne, Übungen und Übungen gegen Russland statt.

Diese jüngsten Entwicklungen sind der jüngste Vorfall einer langjährigen Konfrontation um die Ukraine. Es hängt auch mit dem heftigen Wettbewerb innerhalb der ukrainischen Bourgeoisie zusammen, die sich nach dem Sturz des Sozialismus gebildet hat, ob das Land dem einen oder anderen imperialistischen Bündnis beitreten würde. Im Rahmen dieser Konfrontation haben einerseits die USA, die NATO und die EU zusammen mit Teilen der ukrainischen Bourgeoisie die „Orange Revolution“ 2004 sowie den blutigen Putsch 2014 unter Ausnutzung und Unterstützung unterstützt und organisiert -rechtsfaschistische Kräfte, die darauf abzielen, ein befreundetes

Regime zu errichten. Auf der anderen Seite eroberte Russland Teile des ukrainischen Territoriums, indem es die Krim annektierte und russischsprachige Separatisten in der Donbass-Region für seine eigenen Interessen unterstützte und kurz vor seiner Intervention deren staatliche Einheit anerkannte.

1. Diese Ereignisse, die sich 30 Jahre nach dem Sturz des Sozialismus und der Auflösung der UdSSR abspielen, sind ein tragischer und konkreter Beweis für den historischen Rückschlag Anfang 1990. Dieser folgenschwere Rückschlag für die Völker der Region, aber auch für die Arbeiterklasse und die Volksmächte auf der ganzen Welt öffneten die Büchse der Pandora.

Die KKE hatte eingeschätzt und wurde auf tragische Weise bestätigt, dass die kapitalistische Restauration unter anderem zur Teilung der Völker und Staaten führen würde, wie im Fall Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, aufgrund des Wettbewerbs der Bourgeoisie um die Kontrolle der Märkte, roh Materialien, geostrategische Positionen und Transportwege.

Die bürgerlichen Klassen und die Kapitalisten, die im Zuge der kapitalistischen Restauration entstanden sind und die hart erkämpften Errungenschaften des vereinigten Sowjetvolkes über Jahrzehnte gestohlen haben, wurden durch diesen Prozess der Konterrevolution geformt. Die Regierungen von Putin in Russland und Selenskyj in der Ukraine bringen diese Kapitalisten zum Ausdruck. Deshalb stimmen sie trotz ihrer Differenzen und Rivalitäten im Antikommunismus, der Geschichtsfälschung, der Verleumdung der Sowjetunion, der Stärkung des Nationalismus (sowohl des russischen als auch des ukrainischen) und der Unterdrückung der gemeinsamen Interessen der Arbeiter und des Volkes überein. Die Beschwörung des Antifaschismus durch das gegenwärtige kapitalistische Russland, um seine geopolitischen Pläne in der Region voranzutreiben, ist ein Vorwand und nutzt die starke antifaschistische Stimmung des russischen Volkes und aller Völker aus, die im Kampf gegen den Faschismus Millionen von Toten erlitten haben die faschistisch-nationalsozialistische deutsche Besatzung und Gräueltaten. Wir vergessen nicht, dass das kapitalistische Russland selbst, das heute an vorderster Front des Antikommunismus steht, in vielen Ländern freundschaftliche Beziehungen zu rechtsextremen Gruppen unterhält und dass die russische Führung die Ideologen des russischen Faschismus öffentlich lobt. Gleichzeitig vergessen wir nicht, dass faschistisch-rechtsextreme Kräfte 2014 mit Unterstützung der NATO und der EU ein Pogrom aus Gewalt und Einschüchterung, Morden und Massakern – wie in Odessa – in der Ukraine entfesselt haben. Heute,

Die Völker der Ukraine und Russlands lebten und kämpften wie die anderen Völker der Region seit 70 Jahren zusammen; sie setzten sich durch und etablierten ihre eigene Macht, sie kämpften gegen imperialistische Interventionen, sie strebten danach, das Land, die Fabriken und den Reichtum ihres Untergrunds und ihrer Gewässer unter gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen zu nutzen, sie kämpften gegen den Hass und Krieg ihrer alten Ausbeuter, die sabotierten die Schritte der Sowjetmacht, sie sind gemeinsam im Rahmen des Sozialismus vorangekommen, sie haben gemeinsam gegen den Nazismus, den Faschismus und den deutschen Imperialismus gekämpft. Die nationalistische Hysterie des Kriegsgeschreis darf das kollektive Gedächtnis der beiden Völker, die jahrzehntelang in Bruderschaft lebten, nicht verdunkeln.

30 Jahre nach dem Sturz des Sozialismus und der Auflösung der Sowjetunion sind all jene, die eine Welt des Friedens, der Sicherheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit gefeiert und versprochen haben, restlos widerlegt worden. Ihre Welt, die berüchtigte „Welt der westlichen Werte“, ist eine Welt der Barbarei, der Ausbeutung, des Krieges, der Flüchtlinge, der Wirtschaftskrisen, der Hunderttausenden von Opfern durch die Pandemie oder der Militärinterventionen; es ist eine Welt der Monster, das heißt des Kapitalismus. Menschen wie Biden, Scholz, Putin, Zelenskiy usw. sind Teil dieser Welt, zusammen mit all den „Autoritären“ und „Demokraten“, die die Freiheit der Wenigen verteidigen, das Schicksal der Vielen zu bestimmen, und verschiedene Aspekte der Freiheit ausmachen Diktatur des Kapitals.

1. Der imperialistische Krieg, der heute in der Ukraine geführt wird, ist nichts weiter als ein weiteres Glied in dieser blutigen Kette von Kriegen und Rivalitäten, die besonders nach 1991 eskalierten und ihren früheren ideologischen Mantel verloren, der angeblich die „westliche freie Welt“ vor dem „kommunistischen Totalitarismus“ verteidigte. Das Neue hier ist, dass sie jetzt wieder auf europäischen Boden expandieren, da der sozialistische Schutzschild nicht mehr existiert.

Wir vergessen nicht die Kriege in Jugoslawien Anfang 1990, die mit dem Gütesiegel der Europäischen Union begannen und 1999 zum Eingreifen der NATO führten, was zur endgültigen Zerstückelung und Zersplitterung des Landes führte. Die damaligen Vorwände der Nato und der EU sind die gleichen wie die Russlands für seine eigene militärische Intervention, wie „der Schutz vor ethnischen Säuberungen“ und „das Recht auf Selbstbestimmung“. Die Wunden auf dem Balkan sind noch offen und es bestehen große Risiken für neue Umwälzungen und Konfrontationen.

Wir vergessen nicht die imperialistischen Interventionen und Kriege in unserer Nachbarschaft, im Nahen Osten und in Nordafrika, im Irak, in Syrien, in Libyen und Afghanistan sowie die anhaltende israelische Besetzung Palästinas. Die USA, die Nato und ihre Verbündeten haben die Völker in Bürgerkriege gezerzt, ethnische und religiöse Konflikte ausgelöst, militärisch eingegriffen, Besatzungsarmeen im Namen von „Demokratie“ und „Freiheit“ errichtet, ganze Länder ins Chaos geführt, Unruhen verursacht verstärkte reaktionäre Kräfte, Dschihadisten und andere.

Vergessen wir nicht die türkische Invasion und Besetzung Zyperns seit 1974, die von den USA und der NATO unterstützt wurde, dieses anhaltende Verbrechen gegen das zypriotische Volk und die verschiedenen von der NATO inspirierten Pläne, die all die Jahre in Richtung einer Teilung Zyperns vorangetrieben wurden Insel.

„Revisionismus“, die Auseinandersetzung mit Souveränitätsrechten, die Neuziehung von Grenzen und die Auflösung von Staaten sind kein Privileg des einen oder anderen imperialistischen Zentrums. Sie alle revidieren internationale Verträge, streiten über Grenzen und greifen unter verschiedenen Vorwänden militärisch ein, wenn es ihre Interessen erfordern. Die Grundlage des „Revisionismus“ ist der Wettbewerb zwischen den imperialistischen Zentren. Sie treten sogar einige formale Bestimmungen des Völkerrechts mit Füßen, die das Ergebnis des Einflusses der sozialistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg waren. Es wird deutlich gezeigt, dass das Völkerrecht in Wirklichkeit das Gesetz des „Macht macht Recht“ ist, dh das Recht derjenigen, die die wirtschaftliche, politische und militärische Macht behalten, um ihre Interessen durchzusetzen. Sogar ihre Vertreter geben diese Tatsache zu, gezwungen, die eine oder andere Seite zu unterstützen, indem sie Mehrdeutigkeiten und Unklarheiten hervorheben.

1. Die EU sitzt den Entwicklungen gegenüber nicht untätig, sondern ist seit Jahren aktiv an imperialistischen Interventionen und in diesem Fall an dem Plan zur Einkreisung Russlands beteiligt. Es ist ein Komplize der Tragödie, mit der die Völker der Ukraine derzeit konfrontiert sind. Die Widersprüche in den vergangenen Jahren bezüglich ihrer Haltung gegenüber Russland spiegeln die unterschiedlichen Ziele und Prioritäten der Bourgeoisie jedes Landes wider und hängen mit den starken wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zusammen, insbesondere in Sektoren wie Energie. Die Bildung einer einheitlichen Haltung gegen Russland nach Beginn des Krieges, über die ND, SYRIZA, KINAL und die anderen bürgerlichen Parteien in unserem Land feiern, einerseits, Niemand kann ruhig schlafen, wenn die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten und EU-Beamte täglich Kriegserklärungen abgeben. Dreißig Jahre nach dem Vertrag von Maastricht fallen ihre Masken noch deutlicher, die Vorwände verschwinden, „Tabus werden überwunden“, wie sie zynisch zugeben, und das wahre Wesen der EU offenbart sich: Sie ist ein reaktionäres imperialistisches Bündnis unter Raubtieren, die gegen sie kämpfen gegeneinander und alle gemeinsam gegen die Völker.

In diesem Prozess stehen, einmal mehr in der Geschichte, die sozialdemokratischen Regierungen an vorderster Front und zerstreuen den Mythos von „progressiven Regierungen“, die angeblich eine Alternative für die Völker darstellen würden.

Die deutschen Sozialdemokraten, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein gewaltiges Rüstungsprogramm ankündigten, die Sozialisten in Spanien und Portugal, die Mitte-Links-Regierung in Italien sowie die Sozialdemokraten in Dänemark und Finnland führen die militärische Auseinandersetzung an Russland. Ihre Entscheidungen, die Militärausgaben in allen EU- und NATO-Mitgliedstaaten zu erhöhen und dafür auch strenge finanzielle Auflagen der europäischen Haushalte zu lockern, sind offensichtlich nicht allein auf die Entwicklungen in der Ukraine zurückzuführen. Sie offenbaren eine allgemeine Vorbereitung, sie signalisieren, dass wir in eine Zeit heftigerer Auseinandersetzungen um Widersprüche und Konkurrenzen eintreten.

Der militärische Konflikt in der Ukraine schürt nach der russischen Invasion gefährliche Entwicklungen für die Völker Europas und der ganzen Welt, da die imperialistische Konkurrenz in eine neue Phase eintritt. Die Gefahr einer allgemeineren militärischen Konfrontation ist offensichtlicher denn je. Die Kriegserklärungen der politischen Führungen der EU, der NATO-Mitgliedsstaaten und Russlands sowie die Drohungen mit Atomschlägen sollten nicht einfach als Hetzerhetorik betrachtet werden.

Zum ersten Mal stationiert die NATO ihre Response Force in Osteuropa und sammelt noch mehr militärische Kräfte, während sie plant, sich Ländern wie Moldawien, Georgien, Bosnien und Herzegowina, Finnland und Schweden zu nähern. Es gibt Gebiete in Moldawien und Georgien, deren Sezession von Russland unterstützt wurde, wo die Präsenz russischer Streitkräfte stark ist. Finnland und Schweden sind in Russlands roter Linie in Bezug auf die weitere Erweiterung der NATO enthalten. In Russland wurden die „nuklearen Abschreckungskräfte“ auf einen besonderen Modus der Kampfbereitschaft eingestellt. Belarus hielt ein Referendum ab, das die Möglichkeit der Installation von Atomwaffen auf seinem Territorium genehmigte, falls die NATO ähnliche Waffen in Polen oder Litauen installiert.

1. Unter der Verantwortung der ND-Regierung und der Zustimmung von SYRIZA, KINAL und den anderen bürgerlichen Parteien eskaliert Griechenland seine Beteiligung an diesem gefährlichen imperialistischen Wettbewerb. Alle vorherigen Regierungen hatten bereits alle NATO-Entscheidungen und -Pläne bezüglich der Ausweitung dieser mörderischen Organisation und der Einkreisung Russlands unterstützt. Zusätzlich zum Stützpunkt in Souda hatten sie bereits mit der Einrichtung neuer US-NATO-Stützpunkte im Land begonnen, wie z Europa. Sie hatten bereits dazu beigetragen, Griechenland zu einem Täter gegenüber anderen Ländern und das griechische Volk zu einem Opfer zu machen, da das Land automatisch zum Ziel möglicher Vergeltungsmaßnahmen geworden ist.

In einem Kriegsrausch des Premierministers verkündete die griechische Regierung nicht nur die Entscheidung, militärisches Gerät in die Ukraine zu transferieren, sondern erklärte auch unmissverständlich ihre Absicht, das Land und die Bevölkerung in den Strudel eines militärischen Konflikts an der Seite der NATO und der NATO zu ziehen der EU, die jede erbetene Unterstützung leistet. Die Beteiligung Griechenlands am Krieg ist direkt und die Gefahr für das griechische Volk im Falle einer Verallgemeinerung mehr als real.

Die Argumente und Vorwände, mit denen die Regierung diese Entscheidung rechtfertigt, sind gefährlich und irreführend und müssen zurückgewiesen werden.

Es ist eine Lüge, dass „wir für die Freiheit kämpfen werden“. In Wirklichkeit werden wir auf der Seite eines Räuberlagers gegen das andere kämpfen und darum wetteifern, wer einen größeren Anteil an der Plünderung des ukrainischen Volkes und der anderen Völker in der Region erhält.

Es ist eine Lüge, dass wir durch unser Engagement „das ukrainische Volk unterstützen“. Wir unterstützen diejenigen, die sie seit Jahren in Verwüstung und Zerstörung führen; diejenigen, die

sie in der Konfrontation mit Russland in einen Boxsack verwandelt haben, um ihren eigenen Interessen zu dienen.

Es ist eine Lüge, dass „wir gegen den ‚Revisionismus‘ kämpfen“, denn die größten ‚Revisionisten‘ sind unsere NATO- und EU-Verbündeten, die nicht zögern, militärisch einzugreifen, um Länder aufzulösen und Grenzen neu zu ziehen, genau wie Russland es in der Ukraine tut.

Es ist eine Lüge, dass wir uns „vor der türkischen Bedrohung abschirmen“, weil die NATO selbst türkische Streitigkeiten und „Revisionismus“ fördert. Die NATO erkennt keine souveränen Rechte und Grenzen an, sondern nur „NATO-Territorium“, drängt auf gefährliche Vereinbarungen in der Ägäis und anderswo und räumt der Türkei im Falle von Hölle oder Hochwasser höchste Priorität ein, die Türkei im NATO-Lager zu halten, insbesondere jetzt unter Bedingungen ernsthafter Eskalation.

Es ist eine Lüge, dass das Engagement eine „neue Chance“ für die Menschen darstellt, genauso wie die falschen Versprechungen, dass die Menschen Chancen haben würden, wenn sie aus der Krise und der Pandemie herauskommen. Die Pläne, Griechenland aufzuwerten und es zu einer Drehscheibe für die US-Energiepläne zu machen, ziehen das Land noch tiefer in das Epizentrum des Wettbewerbs, wobei gleichzeitig die wahren Nutznießer die Unternehmensgruppen und nicht die Menschen sein werden. Außerdem zahlen die Menschen in der Ukraine heute mit ihrem eigenen Blut den Tribut für die „Ziele“ ihrer Bourgeoisie.

Unsere Leute werden erneut aufgefordert, den Preis zu zahlen! Sie werden sich den Risiken und Bedrohungen ihres Lebens und ihrer Hoheitsrechte durch die Beteiligung am Krieg in vielfältiger Hinsicht stellen müssen; sie werden zur Kriegsvorbereitung schwere Opfer bringen; Sie werden mit dem Anstieg der bereits hohen Preise für eine Reihe von Konsumgütern, mit noch größerer Energiearmut und neuen Schlägen gegen ihre Rechte und Bedürfnisse konfrontiert, um die NATO-Ausgaben zu erhöhen, die mit der Doktrin einhergehen, dass „die höchste Priorität die ist Landesverteidigung“.

Die einzelnen Ausnahmen und Bedenken, die von SYRIZA geäußert werden, sind Vorwände, die benutzt werden, um die Fassade einer alternativen, eher friedensfreundlichen Haltung aufrechtzuerhalten. Ihre bisherige volksfeindliche Praxis bestätigt, dass sie, wenn sie an der Regierung wäre, den Weg ihrer gleichgesinnten Vorbilder gehen würde, der „Progressiven“ und „Sozialdemokraten“, die von den US-Demokraten bis zu den Sozialisten in Spanien stehen an der Spitze der militärischen Vorbereitungen auf der ganzen Welt!

Sie trägt schwere Verantwortung gegenüber unserem Volk. Nicht nur, weil es an der Spitze der Beteiligung des Landes an den NATO-Plänen stand, als es an der Regierung war (es errichtete neue Stützpunkte, erweiterte die alten, brachte die strategische Partnerschaft mit den USA voran, führte das von der NATO unterstützte Prespa-Abkommen ein usw.). Nicht nur, weil es die Vorwände reproduziert und die Verantwortung der NATO – der EU – für den Krieg in der Ukraine verschleiert. Sondern auch, weil sie heute grundsätzlich allen von der ND-Regierung vorgebrachten Beteiligungszielen zustimmt, nur einzelne Bedingungen aufstellt, der Militärintervention zustimmt, sofern sie einen deutlicheren Nato- oder EU-Zustimmungsstempel trägt, den Energieplänen zustimmt dass das Tempo ihrer Materialisierung langsamer ist, Zustimmung zu NATO-Rüstungen, vorausgesetzt, dass sie „transparent“ sind,

100 Jahre nach der Kleinasien-Katastrophe darf unser Volk die historischen Schlussfolgerungen nicht vergessen. Sie haben für all die „Großen Ideen“ des Kapitals und der großen Konzerne bezahlt und wurden im kritischsten Moment von ihren imperialistischen Verbündeten in den Rücken gestochen. Die Menschen waren mit den Folgen dieser Katastrophen konfrontiert. Der Preis für ihre Teilnahme am imperialistischen Ersten Weltkrieg und der südrussischen Intervention waren die Katastrophen und die Entwurzelung, die Tausende von griechischen Flüchtlingen aus Kleinasien erlitten.

Deshalb muss das griechische Volk die Sirenenstimmen der Kriegspropaganda zurückweisen, die sich auf Krieg und tiefere Verstrickungen vorbereiten, die Befürworter der NATO und der EU, die gefälschten Nachrichten, die die Massenmedien und das Internet überfluten, die antirussische Hysterie, die sogar die USA erreicht hat Punkt der Dämonisierung kultureller Produkte und der Versuch, jede Stimme zum Schweigen zu bringen, die sich weigert, die Erzählung der euro-atlantischen Stäbe zu reproduzieren.

1. Wahre Solidarität mit den Völkern der Ukraine, Russlands und der anderen Nachbarvölker bedeutet den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen jede Beteiligung jedes Landes daran. Es bedeutet, die militärische Intervention Russlands zu verurteilen, aber auch die USA – die NATO – die EU, die den Krieg anheizen. Es bedeutet, gegen imperialistische Gewerkschaften zu kämpfen, hinter denen sich die Bourgeoisie unseres Landes und seine Regierungen verbündet haben. Es bedeutet echte, humane Volkssolidarität, die sich auf vielfältige Weise ausdrücken kann. Es bedeutet den Widerstand gegen und die Isolierung der Aktivitäten nationalistischer faschistischer Gruppen, die Hass schüren.

Es bedeutet zu kämpfen, um den Kampf der Völker zu koordinieren, damit sie den Ausweg aus dem Krieg zeigen können, indem sie ihre wahren Gegner ins Visier nehmen; indem sie ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Ursachen organisieren, die ihn hervorrufen, die bürgerlichen Klassen, die ihn führen, und ihre Regierungen, die imperialistischen Bündnisse, die uns in den Krieg ziehen oder „Frieden“ erzwingen, indem sie den Völkern eine Waffe an den Kopf halten.

Es bedeutet Solidarität und Unterstützung für die Tausenden von Flüchtlingen, die derzeit kriegsbedingt aus der Ukraine fliehen und in andere EU-Staaten, darunter auch unser Land, reisen und denen das bekannte grausame Schicksal bevorsteht, wie im Fall von andere Völker, die trotz „humanitärer Erklärungen“ imperialistischen Kriegen zum Opfer fielen.

Die Völker werden kein besseres Leben führen, indem sie einen nationalen oder einen anderen Ausbeuter wählen, sondern nur, indem sie das System der Ausbeutung besiegen und abschaffen.

Das ist der Weg für die Völker, um als Sieger hervorzugehen.

Heute wendet sich die KKE an Arbeiter, junge Männer und Frauen, Selbständige, Bauern, Frauen, das gesamte griechische Volk.

Es ruft sie auf, angesichts des imperialistischen Krieges und der Beteiligung Griechenlands wachsam zu sein.

Eine Antwort zugunsten der Interessen unseres Volkes kann nicht darin liegen, sich mit dem einen oder anderen imperialistischen Pol zu verbünden.

Wir weigern uns, ein Lager zwischen Dieben zu wählen!

Das Volk muss das falsche Dilemma zwischen den USA und Russland, der EU und Russland oder der NATO und Russland ablehnen. Es entsteht das eigentliche Dilemma: Soll man auf der Seite der Völker oder der Imperialisten stehen?

Der Arbeiter-Volks-Kampf kann und muss eine unabhängige Linie ziehen, weg von allen bürgerlichen und imperialistischen Plänen.

Dieser Kampf hat nichts mit den Wunschlisten und Plattitüden der anderen Parteien zu tun, die von einer „Friedenslösung“, „Diplomatie“ und anderen wohlklingenden Worten sprechen, die nicht auf die Ursachen des Krieges abzielen.

Heute darf das Volk nicht akzeptieren, den Preis für den Krieg zu zahlen! Es ist nicht ihre Pflicht! Sie dürfen keine Kompromisse mit den neuen volksfeindlichen Belastungen und

Maßnahmen eingehen, die im Namen außergewöhnlicher Bedürfnisse vorbereitet werden. Die einzige Lösung ist die Umgruppierung der Arbeiter und des Volkes zum Gegenangriff.

Der Kampf des Volkes muss jede Art von Regierung sofort dazu zwingen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einkommen der ArbeiterInnen und des Volkes vor hohen Preisen und Energiearmut zu schützen.

Abschaffung der Steuern auf Kraftstoffe und andere grundlegende Konsumgüter.

Löhne erhöhen, Tarifverträge sichern, Arbeitnehmerrechte schützen, Maßnahmen für Rentner und Arbeitslose ergreifen.

Maßnahmen gegen die Folgen der Sanktionen gegen Russland zu ergreifen, die vor allem Landwirte und Selbständige treffen werden.

Aufzeigen des Potenzials und der Notwendigkeit der Nutzung der Gesamtheit der heimischen Energieressourcen (Braunkohle, Kohlenwasserstoffe, Geothermie, erneuerbare Energiequellen) mit dem Ziel der umfassenden Erfüllung der Bedürfnisse der Bevölkerung (Verringerung der Energieabhängigkeit, Beseitigung der Energiearmut, Umweltschutz) basierend auf gesellschaftlicher Eigenverantwortung und zentraler Planung. Den Kampf stärken, damit Energie, Nahrung und Arbeitskraft aufhören, eine Ware zu sein.

Wir müssen den Kampf in jeder Region und an jedem Arbeitsplatz organisieren und den sofortigen Rückzug von allen Seiten in diesem imperialistischen Krieg fordern.

- Die Teilnahme und Beteiligung Griechenlands an imperialistischen Kriegen in der Ukraine oder anderswo, mit welchen Mitteln und unter welchem Vorwand auch immer, muss sofort eingestellt werden.

- Alle NATO- und US-Militärbasen in unserem Land, die als Ausgangspunkt für Kriege dienen, müssen sofort geschlossen werden.

- Kein griechisches Militärkorps darf in die Ukraine, in die Nachbarländer oder in andere imperialistische Missionen entsandt werden. Wehrpflichtige, Offiziere und Unteroffiziere dürfen nicht ins Ausland entsandt werden. Der Transfer von militärischer Ausrüstung und Mitteln durch Griechenland muss gestoppt werden.

Es ist unsere patriotische und internationalistische Pflicht, die Nutzung griechischen Bodens, seiner Infrastruktur und seiner Mittel als militärische Brückenköpfe zu verhindern.

Die Streitkräfte des Landes haben bei Auslandseinsätzen nichts im Namen von „Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten“ zu tun. Sie haben die Pflicht, die Grenzen und die territoriale Integrität unseres Landes, unsere Hoheitsrechte zu schützen.

Dies ist eine politische Frage, die einen Bewusstseinswandel in den Kräften der ArbeiterInnen und des Volkes erfordert, um den Kampf für die Loslösung von verschiedenen imperialistischen Gewerkschaften, der NATO und der EU zu stärken, mit dem Volk wirklich an der Spitze der Macht.

Der vom Imperialismus geführte und durch den Wettbewerb zwischen imperialistischen Zentren und Bündnissen verursachte Krieg um die Aufteilung von Märkten, Land, Wohlstand produzierenden Ressourcen und um die Vorherrschaft im imperialistischen System ist ungerecht und barbarisch und macht die Völker zu Opfern, egal wie das Ergebnis ausfällt Krieg ist.

Ein gerechter Kampf ist der vielschichtige Kampf der Völker gegen die imperialistische Einkreisung und Invasion, gegen die Teilnahme der Volkskinder am imperialistischen Krieg.

Ein gerechter Kampf ist der Kampf der Völker zur Verteidigung der territorialen Integrität gegen die fremde Besetzung.

Ein gerechter Kampf ist der vielschichtige Kampf für die Rechte und Bedürfnisse der Völker, auf dem Weg zum Sturz der bürgerlichen Macht, für eine neue sozialistische Gesellschaft.

Das ist der Weg, den wir gehen müssen, um den imperialistischen Kriegen, der kapitalistischen Ausbeutung und der Barbarei ein Ende zu setzen, für die Brüderlichkeit unter den Völkern.

Das ist der Weg, der die wirkliche Aussicht aufzeigt, dass die Völker in Frieden, Sicherheit, Freundschaft und gegenseitig vorteilhaften Beziehungen leben können, so wie die Völker Russlands und der Ukraine jahrzehntelang gelebt haben, als sie an der Macht waren, sie besessen haben den Reichtum, den sie produzierten, und bauten eine neue sozialistische Gesellschaft auf.

Das ist die „richtige Seite der Geschichte“ für das griechische Volk, für die Völker auf der ganzen Welt!

Die KKE führt diesen Kampf mit aller Kraft, damit die Griechen und die anderen Völker gegen den Nationalismus und die imperialistischen Bündnisse der bürgerlichen Klassen kämpfen, um den gemeinsamen Kampf der Arbeiter zu stärken und das System zu beseitigen, das nur Armut hervorbringt, Ausbeutung und Krieg.

Das ZK der KKE

09.03.2022

New Communist Party of Yugoslavia, NKPJ

About situation in the Ukraine

3/1/22

The New Communist Party of Yugoslavia (NKPJ) considers Moscow's decision to recognize the independence of the Donetsk and Luhansk People's Republics, whose people decided in a referendum, to be correct and demands that Serbian authorities follow suit and recognize the independence of the two territories. The Russian intervention is a legitimate military action at the invitation of the authorities of the Donetsk and Luhansk People's Republics, whose people have been suffering the insolent attacks of the Kiev fascist junta for eight years.

The NKPJ fully supports the right of the Donetsk and Luhansk People's Republics to declare independence from the fascist junta regime in Kiev. This attitude is guided by the elementary right of the people of these parts of Ukraine to live in peace and freedom, and not under the dictates of fascists who seized power by serving the Western imperialists in a coup in Kiev after the pro-imperialist demonstrations on Maidan Square in 2014. Despite the abundant suffering of these areas, in which the war has been waged with varying intensity almost continuously since 2014, the will of the people not to fall into the clutches of Western imperialists and their fascist henchmen from the Kiev junta resists all attacks. For example, today the territories of the Donetsk and Lagan People's Republics are the only parts of Ukraine where the fascist and vandal law on the so-called "Decommunization". The streets and squares of the Donetsk and Lagan People's Republics still bear names from the USSR period, and monuments to Lenin and other revolutionaries responsible for the general prosperity of Donbass and Ukraine adorn many squares and other public spaces.

If Serbia stands for the principles of independence from the imposed interests of imperialism, for a progressive society tailored to man, it should recognize the independence of these areas. This would strengthen the principled defense of Kosovo and Metohia as an integral part of Serbia, insisting that Kosovo and Metohia, as well as DNR and LNR, were and remain the target of Western imperialism and their local agents, in our case from the terrorist so-called "Kosovo Liberation Army". "And in the case of Ukraine from the ranks of the Banderas. Serbia's "neutrality" on this issue would be not only an anti-civilization act, but also contradictory when it comes to the principled positions of exposing interethnic and other disputes and conflicts conducted out of selfish and barbaric interests of Western imperialism, primarily American.

Also, Belgrade should not, as the European Union's imperialist dungeon of the people demands of it, impose sanctions on Russia, because that would be unfair and would damage relations with the brotherly Russian people. Although the NKPJ has consistently expressed this anti-imperialist stance and believes that the independence of the DNR and LNR must be recognized, Party points out the harsh criticism repeated by Russian and other communists, the rather late recognition of DNR and LNR by the Russian Federation.

Vladimir Putin, its hesitant bourgeois president, whom NATO does not stop calling its "Western partner", was obliged to recognize the independence of those republics that rebelled against fascism in 2014. Even then, Russia would have the full right to help the fraternal independent republics, if necessary, to preserve security, which would prevent war and the suffering of innocent people. Putin was waiting for the last hour, when NATO had almost marched to Donbas to recognize the independence of these areas. Thus, the people of DNR and LNR, in the first place, indirectly put in great danger.

The bourgeois president of Russia, who in 2000 reminded the then American president Bill Clinton to accept Russia into NATO, did not miss the opportunity to present malicious slanders against Lenin and the communists when it comes to Ukraine's past, while denying the undoubted right of the Ukrainian people to their national and state independence. By such actions, Putin clumsily takes out the mentioned indecision and does even greater damage to peace and brotherhood between Russians and Ukrainians who are not closer to each other.

Therefore, Russians and Ukrainians living in the territories of DNR and LNR must insist on the truly popular character of these independent republics, and that means insisting on people's power, against the interests of oligarchs and criminals either from Kiev or Moscow.

The NKPJ demands that the Kiev coup junta keep its hands away from the Ukrainian communists, anti-fascists, true patriots and the Russian population, whose rights have been systematically violated in the past eight years. Our Party is asking the progressive forces in the world to support by all means the just struggle of the Ukrainian anti-fascists and true patriots for the overthrow of the anti-people Kiev coup junta!

Thus, peace will be guaranteed, and all calls for the same will be realized. No one can be interested in a war, especially not a war between such close and fraternal peoples as the Russians and the Ukrainians. The NKPJ emphasizes that a long-term solution for true peace, prosperity and development of Ukraine is possible only in the fraternal cooperation and harmony of the Ukrainian, Russian and all other peoples from those areas, in the renewed Soviet Union!

Secretariat of the New Communist Party of Yugoslavia

CP of Turkey

WHO WILL STOP NATO?

Article by Kemal Okuyan, TKP General Secretary

3/3/22

WHO WILL STOP NATO?

Article by Kemal Okuyan, TKP General Secretary

1.3.2022

<https://www.tkp.org.tr/en/agenda/who-will-stop-nato/>

“NATO is not an organization, a force, or an alliance system that can be defeated militarily.” We have been stating this since the Russian armies entered Ukraine.

The world's plunge into ever increasing darkness and the fact that the international working class movement has for a long time been in retreat undoubtedly leads people to despair and the tendency to fall for the first “remedy” they come across.

However the surrender of societies to primitive motives of defense or survival often leads to great disasters.

Today the humanity is divided between those who are waiting for the “civilized NATO” to deliver a salvation from the “Russian barbarity” and those who hope that Russia under the leadership of the brave and clever Putin will put an end to the US and NATO aggression and this is a bigger problem than one might think.

This division is spread almost equally among all strata of the people across all continents, in other words, the working people and the poor are attached to the recipes of salvation that have nothing in common with their interests.

An abstract opposition to war has never prevented wars, but we have to say that the division we have pointed out is paving the way for war, even a comprehensive imperialist war, or let's just call it what it is, a new world war.

Some of those who took to the streets saying “No to War” today demand that NATO take more effective steps against Russia. However, the Western imperialist countries are already just one step away from an extensive war effort.

Those who have been watching the events of the last few days unfold with the mind-numbing glasses of the “division” I mentioned earlier may not be aware of it, but NATO is organizing an incredibly intense attack, perhaps with a psychological superiority it has never had since its establishment.

German militarism, which had been kept in check to a certain extent by the Soviet Union and which began to recover rapidly with the collapse of the USSR, completely abandoned its meticulous and “cowardly” way of acting that it had for decades. Many US companies, which have fattened up in the climate of war, started the week with cries of joy. The Polish ruling class, driven by a historical determination to serve NATO, have gained more this past week than in the last 30 years. Even the Ukrainian administration under the control of a fascist gang sees in itself the right to act as the representative of the oppressed.

The “European project”, which had lost credibility in the eyes of the broad masses due to the economic crisis, the terrible handling of the corona pandemic at the hands of the incapable politicians, suddenly regained credibility.

Europe is the homeland of class struggles; the ideological and political balances of the world are determined there. Pointing out the importance of this geography, where the two world wars broke out, does not mean surrendering to a European-centric point of view. On the contrary, it indicates the need for a period of struggles that will radically change the current status quo in Europe. Our side in this struggle is the workers of the continent.

The working masses in Europe, including Turkey, have an obligation to wage a more effective struggle against NATO aggression, which is getting more intense.

As some people think, this obligation cannot be fulfilled as taking one of the sides in that “division”. NATO aggression cannot be repelled either, by attributing a special intellect and depth to the Putin leadership, which is looking for ways to defend the interests of capitalist Russia. In any case, at no point in today's world order can rational thought prevail. As assessing US imperialism by looking at Biden's pathetic image means assessing only a part of the reality, assigning great meanings to Putin's strong leader image would equally take us down the path of grave mistakes.

Today, the peoples of the world cannot have an “active” role in a NATO versus Russia polarization. It is of course absurd to equalize the sides in this confrontation; despite all their internal contradictions, the US, NATO and the European Union bloc are the primary threat to humanity. But the critically important point is that almost all of Europe, including Turkey, is under the yoke of a pro-NATO class domination.

It is necessary to determine priorities based on the conditions in each country. Contrary to the claims of the NATO supporters who have now started to make a lot of noise in Turkey, it is the US imperialism and NATO that threaten our people.

Against NATO aggression, which will become more critical in Turkey's domestic and foreign policy with the latest moves, the only effective and legitimate struggle is one that is waged on a class basis.

It would be a historical defeat for the workers of the world to line up behind the struggle for hegemony, which is obscured by great power chauvinism, militarism, lies, occupation and which divides the capitalists into the powerful and the downtrodden.

Communists come from a tradition that opposes race- and nation-based conflicts, and that stands for class-based conflicts. This tradition has hitherto used the truth, sense of justice and righteousness as its most important weapons; adopted the sovereignty and independence of countries and opposition to changing of borders by brute force as the most important principles of the struggle against imperialism.

Today, in the face of increasing NATO aggression, only by acting on this basis can we make the masses support the demand for Turkey's immediate exit from NATO.

US imperialism and NATO cannot be defeated by a confrontation where peoples are held down as they line up behind their own ruling class, or where deep social inequalities in individual countries are lost in the primitive language of geostrategy.

Let's not forget that Yanukovich government, which was overthrown by the Maydan Incidents of 2014 and fled to Russia after the last “color revolution” that made Ukraine a fanatical militant of US imperialism and NATO, with its policies that impoverished the people, with its rotten structure that was deep in corruption, deserved to be overthrown long time ago not by the neo-Nazis or pro-Europe fascists but by a revolutionary working class movement.

The ominous “color revolutions” that shaped Ukraine ten years apart are the result of the division of people on the basis of being pro-Russia or pro-Western. In Ukraine and Russia, however, the population is divided into exploiters and exploited, as in the United States, Poland, Turkey, and elsewhere.

The day is the day to push forward the organized power of the working people against NATO and the NATO members. This is the only force against which the most advanced weapons, including nuclear ones, will be rendered futile.

There is no difference between hoping for help from the struggle for hegemony in the capitalist world and placing hope in the 6 parties that came together against the AKP government.

Both are projects of destruction for the people. While there is still time, the people must rise up for the emergence of an organized popular struggle.

Artikel aus dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Kubas

Wer den Wind sät...

Die Pläne Washingtons und der NATO, Russland militärisch einzukreisen und es dann anzugreifen, hat diese defensive Reaktion Russlands auf die aggressiven Pläne provoziert, nachdem es alle diplomatischen Wege und Absprachen zur Vermeidung eines Krieges ausgeschöpft hat

Autor: Elson Concepción Pérez
28.0222

Es ist offensichtlich, dass es zu einer internationalen Neuordnung der Kräfteverhältnisse gekommen ist. Für diejenigen, die früher nach Belieben und zum Schaden aller handelten, die es gewohnt waren, für andere zu entscheiden, sich in die souveränen Angelegenheiten von Ländern einzumischen, Kriege, Sanktionen und sogar Staatsstriche anzuzetteln, hat sich die Situation geändert.

Russland ist nicht bereit, diese Praxis des Westens und seiner Verbündeten zuzulassen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich entschieden gegen den Plan der USA und der NATO ausgesprochen, sein Land mit Waffen und Streitkräften einzukreisen zu lassen. Putin hat deutlich gemacht, dass er zu dieser Entscheidung gezwungen wurde, weil der Westen ihm keine andere Wahl gelassen hat. Er hat diese Verantwortung übernommen, nachdem er US-Präsident Joe Biden und dem NATO-Generalsekretär ein Dokument zukommen ließ, in dem die Eindämmung der antirussischen Kampagne, die Nichtausdehnung des Atlantischen Bündnisses auf seine Grenzen und die Gewährleistung der Sicherheit Europas gefordert werden.

Washington antwortete nicht, und als es dies dann mit Verspätung tat, ging es auf wichtige Aspekte des Dokuments nicht ein.

In der Ukraine wurden unterdessen die unabhängigen Republiken Donezk und Luhansk weiterhin vom ukrainischen Militär angegriffen und bombardiert. Vor allem aber trafen Hunderte von Tonnen moderner NATO- und US-Waffen in Kiew ein, und sowohl Biden als auch der Generalsekretär der kriegstreibenden Organisation versicherten, dass die Ukraine nach dem Prinzip der „offenen Tür“ in ihre Mitte aufgenommen werden könne.

Wladimir Putin sagte, dass die Halbinsel Krim, die sich in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zu Russland ausgesprochen hat, das Ziel der NATO sein werde, um Moskau diese Enklave, die seinen Zugang zum Schwarzen Meer garantiert, zu entziehen.

Dieses Gebiet ist für Russland lebenswichtig, da sich in der Stadt Sewastopol der Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte befindet.

Wenn die Ukraine dem Kriegsbandnis beitreten würde, wäre die Krim für die NATO bei ihren Bestrebungen, die Russische Föderation zu destabilisieren, der ideale Ausgangspunkt.

Es gibt einige Dinge, die man bei der Analyse einer Situation wie der heutigen in der Ukraine auf keinen Fall vergessen darf.

Nehmen wir nur einige der jüngsten Beispiele: 24. März 1999. Der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, William Clinton, ordnete massive Bombenangriffe gegen das damalige Jugoslawien an. Vorwand: Kosovo, wo ein angeblicher Akt der ethnischen Säuberung in einer gestellten Inszenierung gefilmt wurde.

Weder die USA noch die NATO haben die UNO bei der Durchführung des Angriffs auf dieses souveräne Land konsultiert. Der UN-Sicherheitsrat erfuhr davon, als die Bomben mit abgereichertem Uran bereits auf zivile Einrichtungen fielen. Die Welt hat diese Anschläge

verurteilt, und die Vereinigten Staaten haben einmal mehr die internationale Gemeinschaft verhöhnt. 78 Tage und Nächte lang flogen NATO- und US-Flugzeuge Tausende von Flügen und warfen Raketen und Bomben unter anderem auf Krankenhäuser, Fernsehanlagen in Belgrad und Novi Sad, Kindergärten und Wohnhäuser ab.

Jugoslawien wurde schließlich zerstört und danach auseinandergerissen. Der Kosovo erklärte sich unabhängig und die Vereinigten Staaten waren das erste Land, das ihn anerkannte. Zufall oder Teil des US-Plans?

Damit war der Weg frei für die Verwirklichung ihres Ziels: den Bau der heute größten US-Militärbasis in Europa, die bei den derzeitigen militärischen Interventionen in anderen Ländern eine wichtige Rolle spielt.

Am 7. Oktober 2001 beschloss die US-Regierung zusammen mit der NATO den Angriff und die Invasion in Afghanistan. Begründung: Ergreifung von Osama Bin Laden, einem von den USA fabrizierten Terroristen, der für die Anschläge auf die Zwillingstürme in den Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht wurde.

Hunderttausende von Militärangehörigen mit den modernsten Waffen und in Zusammenarbeit mit der CIA durchsuchten jeden Zentimeter des afghanischen Bodens, und Bin Laden tauchte Jahre später in Pakistan auf, wo er gefangen genommen und getötet wurde. Seine Leiche verschwand dann unter seltsamen Umständen, so dass nicht einmal sein Geist diejenigen entlarven konnte, die ihn fabriziert und finanziert hatten, um der CIA zu dienen.

Im Jahr 2021 verließen die besiegten US-Truppen nach zwei Jahrzehnten des Grauens den Kriegsschauplatz im verarmten Afghanistan.

Am 20. März 2003 starteten die USA und die NATO eine barbarische Invasion, Bombardierungen und Angriffe aller Art gegen den Irak. Begründung: Der Irak besitze Massenvernichtungswaffen. Einen Monat später - Zehntausende von zivilen Todesopfern waren bereits zu beklagen - gab Präsident George W. Bush selbst bekannt, dass die Informationen über solche Waffen falsch gewesen seien.

Neunzehn Jahre sind vergangen und das US-Militär ist immer noch in Libyen, obwohl das Parlament des arabischen Landes mehr als einmal den sofortigen Abzug der US-Truppen beschlossen hat.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind die USA und die NATO gegen Libyen vorgegangen und haben dabei Hunderte von Zivilisten und Präsident Muammar al-Gaddafi getötet. Sie haben das Land so destabilisiert, dass es bis heute nicht in der Lage ist, eine Zentralmacht, eine stabile Regierung oder seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten, die zum Zeitpunkt der US-Aggression im Jahr 2011 die wohlhabendste in der westafrikanischen Region war.

Syrien ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die USA ohne Rücksprache mit irgendjemandem und unter Verletzung der Souveränität des Landes Streitkräfte und Einrichtungen unterhalten, die Hunderte von Opfern unter der Zivilbevölkerung verursacht haben und terroristische Gruppen schützen.

Was jetzt Russland angeht, haben die Pläne Washingtons und der NATO, das Land militärisch einzukreisen und es dann anzugreifen, diese defensive Reaktion Russlands auf die aggressiven Pläne provoziert, nachdem es alle diplomatischen Wege und Absprachen zur Vermeidung eines Krieges ausgeschöpft hatte.